



Stadt Wilhelmshaven  
Rechnungsprüfungsamt

## **Bericht**

**über die Prüfung des Jahresabschlusses  
zum 31. Dezember 2008  
und des Rechenschaftsberichtes  
für das Haushaltsjahr 2008  
der Stadt Wilhelmshaven  
(Kernverwaltung)**



**Nordsee Stadt  
Wilhelmshaven**

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. PRÜFUNGSaufTRAG</b>	<b>3</b>
<b>2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN</b>	<b>4</b>
2.1 Lage der Stadt	4
2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung	4
2.1.1.1 Finanzwirtschaftliche Lage und Haushaltswirtschaft	4
2.1.1.2 Mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind	4
2.2 Jahresabschluss des Vorjahres	5
2.3 Grundlagen der Haushaltswirtschaft	6
2.3.1 Haushaltssatzung/ Nachtragssatzung/ Genehmigung	6
2.3.2 Unterlagen zur vorläufigen Haushaltsführung	7
2.3.3 Haushaltssicherungskonzept	7
2.4 Wirtschaftliche Betätigung der Stadt	7
<b>3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG</b>	<b>10</b>
3.1 Gegenstand der Prüfung	10
3.2 Art und Umfang der Prüfung	10
<b>4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG</b>	<b>14</b>
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	14
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	14
4.1.2 Jahresabschluss	16
4.1.3 Rechenschaftsbericht	16
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	18
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	18
4.2.2 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen	18
4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen	18
<b>5. PRÜFUNGSVERMERK</b>	<b>19</b>
<b>6. ANLAGEN ZUM SCHLUSSBERICHT</b>	<b>21</b>

## **1. PRÜFUNGSaufTRAG**

Gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG i.V.m. § 156 Abs. 1 NKomVG obliegt dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2008 (Anlagen 6.1.1 bis 6.1.3) unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

### **der Stadt Wilhelmshaven (Kernverwaltung),**

nachfolgend auch Stadt genannt.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 156 Abs. 3 NKomVG mit diesem Schlussbericht.

Dieser Schlussbericht wurde um einen besonderen Erläuterungsteil der Posten der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung erweitert, der diesem Bericht als Anlage 6.2.2 beigefügt ist.

## **2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN**

### **2.1 Lage der Stadt**

#### **2.1.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung**

##### **2.1.1.1 Finanzwirtschaftliche Lage und Haushaltswirtschaft**

Im Jahresabschluss sowie Rechenschaftsbericht wurden nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes folgende wesentlichen Aussagen zum Verlauf der Haushaltswirtschaft und zur finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt getroffen:

- Im Gegensatz zum Haushaltsjahr 2007 führten die wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen zu Liquiditätsengpässen.
- Daher wurde der Höchstbetrag für Liquiditätskredite im Rahmen einer Nachtragshaushaltssatzung erhöht.
- Es wurden keine Investitionskredite aufgenommen.
- In 2008 wurden nach § 89 NGO insgesamt 2,8 Mio€ im Ergebnishaushalt nachbeilligt, im investiven Teil des Finanzhaushalts 326 T€.

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:

Die Aussagen im Rechenschaftsbericht zur finanzwirtschaftlichen Lage und zum Verlauf der Haushaltswirtschaft der Stadt geben zwar grundsätzlich eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wieder, ergänzend wird aber noch auf die unseres Erachtens folgenden verbesserungswürdigen Sachverhalte hingewiesen:

- Interpretation der Jahresabschlussanalyse;
- wesentliche Gründe für die Beeinflussung des Jahresergebnisses neben der Gewerbesteuer.

##### **2.1.1.2 Mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind**

Im Rechenschaftsbericht wurden nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes folgende wesentliche Aussagen über mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, getroffen.

- Während zum 31.12.2007 noch ein Jahresüberschuss erwirtschaftet wurde, werden für die Folgejahre aufgrund weggebrochener Gewerbesteuereinnahmen und durch die Ende 2008 eingetretene Finanz- und Wirtschaftskrise Fehlbeträge prognostiziert, die bis zum 31.12.2012 voraussichtlich bis auf 51 Mio€ anwachsen.
- Das Gesamtdefizit der mittelfristigen Finanzplanung wird bis Ende 2017 voraussichtlich bis auf 151 Mio€ anwachsen.
- Im Jahr 2014 wird das Dispositionskapital der Nettoposition abgeschmolzen sein und unter Einbeziehung des Basis-Reinvermögens die bilanzielle Überschuldung voraussichtlich im Jahr 2018 eintreten.
- Zur Sicherstellung der Periodengerechtigkeit wurden Risiken im Zusammenhang mit dem Reinhard-Nieter-Krankenhaus (Eigenbetrieb sowie gGmbH), die bis in das Geschäftsjahr 2008 reichen, als Rückstellungen in der Bilanz ausgewiesen.

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:

Die Aussagen im Rechenschaftsbericht stellen zwar grundsätzlich mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, nach Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes zutreffend dar, ergänzend wird aber noch auf die unseres Erachtens folgenden fehlenden Sachverhalte hingewiesen:

- Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag wie z. B. ungewöhnliche Kostenentwicklungen durch Preissteigerungen, Steuererhöhungen oder der Anstieg der Sozialaufwendungen;
- umfassende und tiefergehende Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Stadt incl. Risiken im Hinblick auf die drohende bilanzielle Überschuldung;
- umfassende und detaillierte Prognosen der im Rechenschaftsbericht dargestellten Entwicklungen über das Jahr 2008 hinaus.

## **2.2 Jahresabschluss des Vorjahres**

Der Bericht des RPA über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007 datiert vom 22.07.2011. Der Rat hat in seiner Sitzung am 12.10.2011 den Jahresabschluss 2007 beschlossen und dem Oberbürgermeister unbeschränkte Entlastung erteilt. Die Bekanntmachung erfolgte am 15.10.2011. Die öffentliche Auslegung des Jahresabschlusses 2007 mit dem um die Stellungnahme des Oberbürgermeisters ergänzten Schlussbericht des RPA erfolgte in der Zeit vom 17.10. bis 26.10.2011. Die Kommunalaufsichtsbehörde wurde mit Schreiben vom 13.10.2011 unterrichtet.

Das Rechnungslegungs- und Entlastungsverfahren wurde damit vorschriftsmäßig abgewickelt und ist abgeschlossen. Die dauernde Aufbewahrung des Jahresabschlusses in ausgedruckter Form gemäß § 39 Abs. 2 GemHKVO ist gewährleistet.

## **2.3 Grundlagen der Haushaltswirtschaft**

### **2.3.1 Haushaltssatzung/ Nachtragssatzung/ Genehmigung**

Beim durch die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung vom Rat vorgegebenen Haushaltsplan handelt es sich für das Haushaltsjahr 2008 um den zweiten nach den Grundsätzen des NKR erstellten doppischen Produkthaushalt, der sich aus einem Ergebnishaushalt und einem Finanzhaushalt zusammensetzt. Diese sind in Teilhaushalte - Budgets im Sinne des § 4 Abs. 3 GemHKVO - untergliedert.

Die Haushaltssatzung 2008 wurde am 28.11.2007 vom Rat beschlossen.

Die Haushaltsgrundlagen sind rechtswirksam zustandegekommen. Sie entsprechen formell und inhaltlich den Vorschriften. Eine Nachtragshaushaltssatzung wurde am 05.12.2008 erlassen.

Der Haushaltsplan ist nach den Grundsätzen des § 85 NGO i. V. m. § 1 GemHKVO aufgestellt worden. Dabei wurden die mit RdErl. d. MI vom 04.12.2006 aus Gründen der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der kommunalen Haushalte für verbindlich erklärten Haushaltsmuster beachtet.

Nach § 86 Abs. 1 NGO soll die Haushaltssatzung der Aufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden. Diese Vorlagefrist wurde eingehalten.

Der ursprüngliche Haushaltsplan war im Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen. Damit wird der Anforderung des § 82 Abs. 4 NGO nicht entsprochen, wonach der Haushalt ausgeglichen sein soll. Die Planung berücksichtigte einen Fehlbedarf von 3,41 Mio €.

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung war ursprünglich ebenfalls nicht ausgeglichen. Die Ergebnisplanung wies Fehlbeträge in 2008 von 16,25 Mio €, in 2009 von 5,16 Mio € und in 2010 von 1,16 Mio € aus.

Das Nds. Ministerium für Inneres, Sport und Integration (MI) als Kommunalaufsichtsbehörde hat die Haushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für das Haushaltsjahr 2008 mit Schreiben vom 22.01.2008 genehmigt. Nach Beschluss eines Nachtragshaushalts des Rates am 26.11.2008 erfolgte am 05.12.2008 die Genehmigung durch das MI.

In der Genehmigungsverfügung wird vom Ministerium positiv angemerkt, dass die Fehlbeträge der letzten Jahre und entsprechend die Liquiditätskredite durch die hohen Gewerbesteuererinnahmen in 2007 noch einmal erheblich abgebaut wurden.

Aufgrund der Verdoppelung der Höchstbeträge der Liquiditätskredite im Rahmen des Nachtragshaushalts geht das Ministerium jedoch nicht mehr von einer dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt gem. § 23 GemHKVO aus und weist ausdrücklich darauf hin, dass eine bisher skizzierte Verschlechterung der Finanzen der Stadt mit Blick auf die gesetzlichen Vorgaben nicht mitgetragen werden kann.

In diesem Zusammenhang bittet das Ministerium weiterhin um die volle Ausschöpfung aller haushaltswirtschaftlichen Steuerungs- und Sparmöglichkeiten und die Bereiche der Zuschüsse und Verlustausgleichszahlungen an städtische Unternehmen hinsichtlich möglicher Einsparpotentiale im Auge zu behalten.

Konsolidierungsanstrengungen z. B. bei freiwilligen Leistungen, Beteiligungen, Steuern und Gebühren sind vorzunehmen. Oberstes Ziel muss die Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit und die Bildung entsprechender Rücklagen gem. § 95 NGO sein.

### **2.3.2 Unterlagen zur vorläufigen Haushaltsführung**

Die verspätete Genehmigung der Haushaltssatzung führte dazu, dass für die Zeit vom 01.01. bis 22.01.2008 die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung gem. § 88 NGO anzuwenden waren. Ebenso wurde von der Kämmerei bei einem absehbaren Defizit mit Schreiben vom 02.12.2008 der Haushalt gesperrt. Im Rahmen der Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen § 88 NGO ergeben.

### **2.3.3 Haushaltssicherungskonzept**

Aufgrund der prognostizierten Einnahmenreduzierung im Bereich der Gewerbesteuer wurde die Stadt mit dem Schreiben des Ministeriums vom 05.12.2008 zur Genehmigung des Nachtragshaushalts zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts gem. § 82 Abs. 6 NGO zum Haushalt 2009 aufgefordert.

## **2.4 Wirtschaftliche Betätigung der Stadt**

Der Auftrag zur Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt ergibt sich aus § 155 Abs. 2 Nr. 3 NKomVG. Geprüft wird die wirtschaftlichen Betätigung der Stadt als Gesellschafterin sowie die Kassen-, Buch- und Betriebsprüfung, soweit sich für die Stadt ein Prüfrecht ergibt und ob sich die Stadt eine solche Prüfung bei einer Eigengesellschaft oder einer Beteiligung vorbehalten hat.

Gegenstand der Prüfung der Betätigung der Stadt als Gesellschafterin ist, ob die Stadt die maßgeblichen gemeinderechtlichen Vorschriften beachtet und ob die Stadt die Einhaltung der für die Unternehmen, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen im Wesentlichen überwacht.

Die Prüfung der Beachtung umfasst insbesondere die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung (§ 136 NKomVG), die Maßgaben für die Führung von Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts (§ 137 NKomVG), die Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen (§ 138 NKomVG) und die Berichtspflichten nach § 151 NKomVG.

Die Prüfung der Überwachung umfasst die Auswertung der Vorlagen an die Ausschüsse für Finanzen, Wirtschaft und maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus (FWM), Personal- und Gleichstellungsfragen (PGI) und Verwaltungsausschuss, der Protokolle über die Aufsichtsrats- und Verwaltungsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen sowie des Beteiligungsberichts nach § 151 NKomVG.

Gegenstand der Kassenprüfung sind die Kassen, die Kassenführung und die Kassenberichte der zu prüfenden Gesellschaften. Geprüft wird, ob das Kassenwesen rechtmäßig und wirtschaftlich geführt wird sowie zuverlässig eingerichtet ist.

Gegenstand der Buchprüfung bei einer zu prüfenden Gesellschaft ist deren Buchführung für das Berichtsjahr. Die Prüfung beschränkt sich grundsätzlich auf die Auswertung des Berichts des externen Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Im Vordergrund stehen der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht, die Aussagen zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, zu den wirtschaftlichen Verhältnissen und bei kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB zusätzlich die Aussagen zur wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft. Daneben werden auch wesentliche Positionen in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie Aussagen im Anhang und Lagebericht auf Plausibilität geprüft.

Bei den Prüfungen haben sich keine wesentlichen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Stadt die maßgeblichen gemeinderechtlichen Vorschriften nicht beachtet hat.

Im Rahmen der Prüfungen sind keine Tatsachen bekannt geworden, dass die Stadt die Einhaltung der für die Unternehmen, die sie führt oder an denen sie beteiligt ist, maßgeblichen gesellschaftsrechtlichen Vorschriften und sie ergänzende Bestimmungen in den Gesellschaftsverträgen bzw. Satzungen nicht in geeigneter Form überwacht hat.

Die Auswertung des von der Stadt gemäß § 151 NKomVG zu erstellenden Beteiligungsberichts auf die Einhaltung der Berichtspflichten hat keine Anhaltspunkte für wesentliche Beanstandungen ergeben.

Die Auswertungen der Vorlagen an den FWM und PGI und Verwaltungsausschuss sowie der vorliegenden Protokolle über die Aufsichtsratssitzungen hat ergeben, dass die von der Stadt in die Unternehmen entsandten Vertreterinnen und Vertreter ihre Tätigkeiten entsprechend den gesetzlichen Regelungen und gesellschaftsvertraglichen Vereinbarungen wahrgenommen haben.

Die Beschlussverfahren über die Wirtschaftspläne und die Auftragsverfahren zur Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte der Gesellschaften haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Das gleiche gilt für die Verfahren zur Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften und die Entlastung der Geschäftsführungen und Aufsichtsräte.



Die im Rahmen der Buchprüfung durchgeführte generelle Auswertung der Berichte der externen Abschlussprüfer über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008 und des Lageberichts 2008 der im Berichtsjahr geprüften Gesellschaften hat keine Tatbestände für wesentliche Beanstandungen ergeben.

Entsprechend der seit dem 01.01.2005 geltenden Rechtslage obliegen dem RPA unter den Voraussetzungen des § 158 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 i. V. m. § 157 Satz 1 NKomVG grundsätzlich auch die Prüfungen der Jahresabschlüsse und der Lageberichte der sogenannten kleinen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB, an denen die Stadt mehrheitlich beteiligt ist. Es kann Kraft seines Ermessens mit der Durchführung der Prüfung auch einen Dritten beauftragen oder zulassen, dass die Beauftragung in seinem Einvernehmen unmittelbar durch die Gesellschaft erfolgt. Von Letzterem hat das RPA Gebrauch gemacht.

Die Prüfung der Jahresabschlüsse und Lageberichte 2008 der kleinen Kapitalgesellschaften jeweils einschließlich Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie der wirtschaftlichen Verhältnisse und wirtschaftlichen Führung der Gesellschaften (§ 25 Abs. 1 Satz 2 EigBetrVO i.V.m. §§ 157, 158 Abs. 1 Satz 1 NKomVG) hat seitens der externen Abschlussprüfer zu keinen Einwendungen geführt. Sie haben grundsätzlich uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt.

Die Prüfung der Beschlussverfahren über die Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften und über die Entlastung der Geschäftsführungen und Aufsichts- bzw. Verwaltungsräte gab ebenfalls keinen Anlass zu Beanstandungen.

Die Vorschriften zur Bekanntmachung der Ergebnisse der Prüfung und zur öffentlichen Auslegung der Jahresabschlüsse und Lageberichte der kleinen Kapitalgesellschaften wurden für die Tochtergesellschaften der Stadt beachtet (§ 31 Satz 1 und Satz 3 i. V. m. § 32 Satz 1 EigBetrVO und §§ 157, 158 Abs. 1 Satz 1 NKomVG).

### **3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG**

#### **3.1 Gegenstand der Prüfung**

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, sowie des Jahresabschlusses und über den Rechenschaftsbericht liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt.

Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Dazu hat das Rechnungsprüfungsamt die Buchführung, die Inventur, das Inventar, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 (Anlage 6.1.1 bis 6.1.3) der Stadt in der Fassung vom 14.12.2011 geprüft. Der Jahresabschluss wurde zuletzt noch am 12.11.2012 geändert, um Verpflichtungen gegenüber der Reinhard-Nieter-Krankenhaus gGmbH sowie dem Eigenbetrieb Reinhard-Nieter-Krankenhaus zu berücksichtigen. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der NGO bzw. der GmHKVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

#### **3.2 Art und Umfang der Prüfung**

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Prüfung nach §§ 155 Abs. 1 Nr. 1 und 156 NKomVG und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat das Rechnungsprüfungsamt eine am Risiko der Stadt ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes, risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss und des Rechenschaftsberichts ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Oberbürgermeisters sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Rechenschaftsberichts waren die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie insgesamt eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wiedergeben und mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend darstellen.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl und/oder auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse
- Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte
- Infrastrukturvermögen
- Sondervermögen mit Sonderrechnung
- Ausleihungen
- Öffentlich-rechtliche Forderungen
- Sonderposten
- Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen
- Steuern und ähnliche Abgaben
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen
- Kostenerstattungen und Kostenumlagen
- Aufwendungen für aktives Personal
- Transferaufwendungen
- Sonstige ordentliche Aufwendungen

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (und Sachverständigen) wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

- Das Rechnungsprüfungsamt hat sich davon überzeugt, dass die festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände auf der Grundlage der vom Innenministerium verbindlich vorgeschriebenen Abschreibungstabelle angewandt werden.
- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich das Rechnungsprüfungsamt in Stichproben überzeugt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach den Kriterien Höhe und Einstellungszeitpunkt. Mangels Unterlagen zur Altersstruktur der Forderungen konnte jedoch keine entsprechende Analyse zur Werthaltigkeit erstellt und geprüft werden.
- Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden eingeholt.
- Bestätigungen des Rechtsamtes über schwebende Rechtsstreitigkeiten hat das Rechnungsprüfungsamt ebenfalls erhalten.
- Die Rückstellungen wurden insbesondere durch Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Verwaltungsleitung auf Vollständigkeit untersucht. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde durch eine stichprobenhafte Prüfung der Berechnungen und eine kritische Beurteilung der vorgenommenen Schätzungen geprüft.
- Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag dem Rechnungsprüfungsamt ein versicherungsmathematisches Gutachten der Versorgungskasse Oldenburg vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der Beurteilung von Art und Umfang seiner Tätigkeit hat sich das Rechnungsprüfungsamt bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Das Rechnungsprüfungsamt ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

Ausgangspunkt der Prüfung war der vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Wilhelmshaven geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2007 nebst Rechenschaftsbericht.

Das Rechnungsprüfungsamt hat gemäß § 156 Abs. 1 NKomVG den Jahresabschluss mit allen Unterlagen dahin geprüft, ob der Haushaltsplan eingehalten ist, ob die einzelnen Buchungsvorgänge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind, ob bei den Erträgen und Aufwendungen sowie den Einzahlungen und Auszahlungen des gemeindlichen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist und ob das Vermögen richtig nachgewiesen ist. Dabei hat das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 156 Abs. 1 S. 3 NKomVG die Prüfung gegebenenfalls nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltung erteilt. Der Oberbürgermeister hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts am 12. Juni 2012 schriftlich bestätigt.

## **4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG**

### **4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des verbindlichen Kontenrahmens in Niedersachsen (Stand: 17.08.2009) erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes.

Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und im Wesentlichen zeitgerecht erfasst. Die Buchungen wurden ordnungsgemäß angewiesen, grundsätzlich ausreichend erläutert und die Belege übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt aufgestellt.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet grundsätzlich eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, der Nettopositionen, der Schulden, der Rückstellungen und der Rechnungsabgrenzungsposten sind bis auf die folgenden Ausnahmen erbracht:

- Für die sonstigen unbebauten Grundstücke konnte zum Bilanzstichtag kein Nachweis über die Zusammensetzung des Wertes vom zuständigen Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGG) erbracht werden. Es wurde trotz Vorliegen eines Verzeichnisses zum 01.01.2007 keine Dokumentation der Entwicklung des Bestandes vorgenommen, so dass die Position nicht geprüft werden konnte. Die Position konnte auch nicht anhand des Sachkontos nachvollzogen werden, bei der Durchsicht wurden noch zusätzliche Fehler festgestellt.
- Der Infrastrukturwert der Straßen, Wege und Plätze sowie der Wert der Brücken, Tunnel und ähnlichen Bauwerke konnte nicht hinreichend nachgewiesen werden, da der zuständige Eigenbetrieb Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW), vormals Straße und Grün Wilhelmshaven (SGW), die zugrunde liegenden Werte nicht hinreichend erläutern konnte. Eine abschließende Beurteilung dieser Teilbereiche ist daher nicht möglich. Inzwischen hat der Eigenbetrieb TBW Maßnahmen zur Korrektur der Wertermittlung getroffen. Nach Vorlage der Ergebnisse ist mit einer Änderung der Eröffnungsbilanz zu rechnen.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung des Rechnungsprüfungsamts den gesetzlichen Vorschriften. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen grundsätzlich zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht.

Die Verarbeitung der Buchhaltung erfolgt per EDV. In der Finanzbuchhaltung wird die Software ProFiskal P3 NPLUS der Firma Dogro/Agresso eingesetzt. Die buchhalterische Erfassung und Kontierung des Bankverkehrs erfolgt zentral durch die Stadtkasse der Stadt Wilhelmshaven, die auch das Cash-Management regelt. Infolge von Programm- und Anwenderfehlern wurden Zahlungsein- und -ausgänge nicht durchgängig periodengerecht zugeordnet, woraus auch eine fehlerhafte Finanzrechnung resultiert. Diese Sachverhalte führten im Bereich der Bankbestände zu wesentlichen Abweichungen. Die Kämmererei hat zur Sicherstellung der korrekten Bilanzausweise Anpassungsbuchungen vorgenommen. Aufgrund unserer Prüfung stellten wir die Richtigkeit des Bilanzausweises fest.

Eine Softwarebescheinigung zur Bestätigung der Ordnungsmäßigkeit und Sicherheit für die eingesetzte rechnungslegungsbezogene Software liegt nicht vor. Eine Freigabe der Software gem. § 35 Abs. 5 GemHKVO ist nicht erfolgt. Aufgrund der vorhandenen Probleme sowie der Einstellung der Software findet zum 01.01.2013 ein Ersatz durch eine neue, zertifizierte Software statt.

Dem RPA obliegt gemäß § 155 Abs. 1 NKomVG u. a. die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung des Jahresabschlusses und die dauernde Überwachung der Kassen sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen, unbeschadet der Vorschriften über die Kassenaufsicht nach § 126 Abs. 5 NKomVG.

Gemäß § 40 Abs. 7 GemHKVO ist die Zahlungsabwicklung mindestens einmal jährlich unvermutet durch das RPA zu prüfen.

Neben der Prüfung der Stadtkasse sind weitere Prüfungen bei den insgesamt 31 Nebenkassen (20 Zahlstellen, 11 Handvorschüsse) durchzuführen.

Die erforderlichen Prüfungen durch das RPA haben im Jahr 2008 stattgefunden. Das RPA hat über jede der von ihm durchgeführten Kassenprüfungen Berichte sowie Niederschriften gefertigt, die den jeweils zuständigen Fachbereichen zugeleitet werden.

Bei den Nebenkassen ist auch geprüft worden, ob die neben den Bestimmungen der GemHKVO geltenden Regelungen der jeweiligen Dienstanweisungen (u. a. Kassensicherung, Abrechnungsmodalitäten, Kassensicherheit, Fachaufsicht) beachtet wurden.

Der Erlass einer neuen Dienstanweisung gem. § 41 GemHKVO bezüglich der Sicherheitsstandards ist (wie bereits im Bericht 2007 angemerkt) noch offen.

Beanstandungen von erheblicher Bedeutung haben sich bei den Prüfungen der Stadtkasse und der Nebenkassen nicht ergeben. Für 2008 wird daher die ordnungsgemäße Führung der Kassengeschäfte bestätigt.

#### **4.1.2 Jahresabschluss**

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden, die Rückstellungen sowie die Nettopositionen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden grundsätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen nach vernünftiger Beurteilung in notwendigem Maße gebildet.

Der Anhang enthält gem. § 55 GemHKVO NDS die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Das Rechnungsprüfungsamt kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 bis auf die Finanzrechnung grundsätzlich ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Wir weisen darauf hin, dass der Jahresabschluss nach § 129 Abs. 1 NKomVG nicht fristgemäß bis zum 31. Dezember des Folgejahres beschlossen werden konnte.

#### **4.1.3 Rechenschaftsbericht**

Aufgrund des Umfangs wird auf den Jahresabschlussbericht der Kämmerei verwiesen.

Der Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Ansatz den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht grundsätzlich

- mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
- insgesamt eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wiedergibt;
- mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend darstellt;
- weitere nach § 57 GemHKVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Auf unseres Erachtens noch weitere erforderliche Angaben zur finanzwirtschaftlichen Lage sowie zu möglichen finanzwirtschaftlichen Risiken haben wir in den Punkten 2.1.1.1 und 2.1.1.2 hingewiesen.



Die Prüfung gem. § 156 Abs. 1 NKomVG, ob

1. der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
2. die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eingehalten worden sind,
3. bei den Erträgen und Aufwendungen sowie den Einzahlungen und Auszahlungen des kommunalen Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,
4. sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen enthalten sind und der Jahresabschluss die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage darstellt,

hat unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 156 Abs. 1 S. 3 NKomVG die Prüfung gegebenenfalls nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet hat, abgesehen von den im Schlussbericht enthaltenen Feststellungen (s. o.) zu keinen weiteren Einwendungen geführt.

## **4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

### **4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss stellt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage mit Ausnahme der im Punkt 4.1.1 "Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen" genannten Einschränkungen (kein Nachweis über die Zusammensetzung der sonstigen unbebauten Grundstücke, unzureichende Nachweise und Auskünfte der Infrastrukturwerte der Straßen, Wege, Plätze etc. sowie für den Wert der Brücken, Tunnel und ähnlichen Bauwerke, Abweichungen der liquiden Mittel aufgrund von Fehlern in der Finanzsoftware) dar. Aus diesen Gründen wird der Bestätigungsvermerk eingeschränkt.

### **4.2.2 Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen**

Es wird auf die Angaben im Anhang im Jahresabschlussbericht der Stadt sowie auf die Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses in der Anlage 6.2.2 verwiesen.

### **4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen**

Von Aufgliederungen und Erläuterungen wurde an dieser Stelle abgesehen, da sie nicht zum Verständnis der Gesamtaussage des Jahresabschlusses erforderlich sind.

Das Rechnungsprüfungsamt verweist auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in den Anlagen unter Punkt "6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage" sowie unter Punkt "6.2.2 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung".

## 5. PRÜFUNGSVERMERK

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Jahresabschluss der Stadt - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Rechenschaftsbericht - für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur und das Inventar einbezogen. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gemeinderechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt. Die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach §§ 155, 156 NKomVG vorgenommen. Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage im Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichtes.

Die Prüfung hat zu folgenden wesentlichen Beanstandungen gegen abgrenzbare Teile geführt:

- Für die sonstigen unbebauten Grundstücke konnte zum Bilanzstichtag kein Nachweis über die Zusammensetzung des Wertes erbracht werden, so dass die Position nicht geprüft werden konnte.
- Die Nachweise und Auskünfte für den Infrastrukturwert der Straßen, Wege, Plätze etc. sowie für den Wert der Brücken, Tunnel und ähnlichen Bauwerke der Position Infrastrukturvermögen sind als Folge der Eröffnungsbilanz nach wie vor als unzureichend anzusehen, so dass diese Unterpositionen nicht mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden können.
- Aufgrund von Fehlern in der Finanzsoftware konnten die liquiden Mittel nur über Anpassungsbuchungen in der richtigen Höhe ausgewiesen werden. Daher besteht das Risiko, dass diese mit den fehlenden Bankbewegungen zusammenhängenden Geschäftsvorfälle nicht richtig in der Bilanz und der Ergebnisrechnung abgebildet werden. Die Finanzrechnung ist daher ebenfalls fehlerhaft.

Für weitere Erläuterungen wird auf die Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung, Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen (Punkt 4.1.1) verwiesen.

Nach der Beurteilung des Rechnungsprüfungsamts aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss im Wesentlichen den gesetzlichen Vorschriften. Die Einschränkungen sind in Ihrer Tragweite erkennbar, so dass der Jahresabschluss im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt darstellt.

Der Rechenschaftsbericht gibt im Wesentlichen eine zutreffende Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage der Stadt wieder und stellt mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind, zutreffend dar.

Die Prüfung gemäß § 156 Abs. 1 NKomVG auf Einhaltung des Haushaltsplans, Begründung und Belegung der Buchungsvorgänge, Einhaltung bestehender Gesetze und Vorschriften, Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit sowie Nachweis des Vermögens hat unter Berücksichtigung der Tatsache, dass das Rechnungsprüfungsamt die Prüfung gegebenenfalls nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränkt und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichtet hat, abgesehen von den im Schlussbericht enthaltenen Feststellungen (s. o.) zu keinen weiteren Einwendungen geführt.

Wilhelmshaven, den 13. November 2012

Stadt Wilhelmshaven, Rechnungsprüfungsamt



Heike Hansemann  
Leiterin Rechnungsprüfungsamt  
Dipl.-Ökonomin



Bernd Broszeit  
Prüfungsleiter  
Dipl.-Kaufmann (FH)

## **6. ANLAGEN ZUM SCHLUSSBERICHT**

### **6.1 Bestandteile**

6.1.1 Bilanz zum 31. Dezember 2008

6.1.2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

6.1.3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008

### **6.2 Freiwillige Anlagen zum Schlussbericht**

6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

6.2.2 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung

## Bilanz zum 31. Dezember 2008

AKTIVA				PASSIVA	
	31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR		31.12.2008 EUR	31.12.2007 EUR
<b>1. Immaterielles Vermögen</b>			<b>1. Nettoposition</b>		
1.1 Lizenzen	33.265,00	16.577,00	1.1 Basis-Reinvermögen		
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	44.090.171,00	44.354.332,00	1.1.1 Reinvermögen	56.500.308,88	61.080.819,49
1.3 Aktivierter Umstellungsaufwand	<u>618.219,00</u>	<u>665.774,00</u>	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	-9.383.467,12
<b>2. Sachvermögen</b>			1.2 Rücklagen		
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			1.2.1 aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	9.360.401,53	0,00
2.1.1 Grünflächen	10.426.372,00	10.426.372,00	1.2.2 aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	492.684,46	0,00
2.1.2 Sonstige unbebaute Grundstücke	15.422.403,55	15.562.775,63	1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	246.687,12	221.287,12
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte			1.3 Jahresergebnis		
2.2.1 Grundstücke mit Schulen	62.807,00	65.775,00	1.3.1 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-26.738.561,23	19.236.553,11
2.2.2 Grundstücke mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen	69.451,00	9.251,00	1.4 Sonderposten		
2.3 Infrastrukturvermögen			1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	88.898.912,00	89.499.233,22
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	6.097.532,00	6.097.532,00	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	9.303.192,00	9.991.011,60
2.3.2 Brücken und Tunnel	9.762.683,00	9.866.340,00	1.4.3 Gebührenaussgleich	1.548.246,95	1.208.976,43
2.3.3 Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	30.214.543,85	31.341.379,32	1.4.4 erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	<u>981.780,50</u>	<u>139.342,89</u>
2.3.4 Friedhofsflächen und -anlagen	2.494.143,00	2.446.528,00		140.593.652,21	171.993.756,74
2.3.5 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	171.490,00	0,00	<b>2. Schulden</b>		
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	15.659,00	0,00	2.1 Geldschulden		
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	1.321.117,00	1.321.117,00	2.1.1 Liquiditätskredite	22.885.000,00	8.234.000,00
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	1.645.128,00	1.368.857,38	2.1.2 Sonstige Geldschulden	7.954.567,84	3.854.260,23
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	3.753.440,39	3.749.547,34	2.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	789.116,19	2.652.915,15
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	1.217.102,88	1.531.961,07	2.3 Transferverbindlichkeiten		
2.9 Vorräte	<u>15.000,00</u>	<u>15.000,00</u>	2.3.1 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	29.654,13	170.380,49
	82.688.872,67	83.802.435,74	2.3.2 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	-200,00
<b>3. Finanzvermögen</b>			2.3.3 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	-66.263,62	365.759,16
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	885.219,46	731.229,69	2.3.4 Steuerverbindlichkeiten	3.864,26	4,09
3.2 Beteiligungen	1.834.296,68	1.834.296,68	2.3.5 Andere Transferverbindlichkeiten	29.042,05	0,00
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	111.964.301,32	111.965.444,69	2.4 Sonstige Verbindlichkeiten		
3.4 Ausleihungen	48.747.809,03	49.446.070,39	2.4.1 Durchlaufende Posten		
3.5 Öffentlich-rechtliche Forderungen	6.804.172,37	15.207.704,09	2.4.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	20.444,90	56.795,56
3.6 Forderungen aus Transferleistungen	1.725.211,63	1.448.932,97	2.4.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	287.867,63	279.672,05
3.7 Sonstige privatrechtliche Forderungen	3.162.260,89	1.821.570,37	2.4.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	749.439,61	831.332,53
3.8 Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.195.105,63</u>	<u>1.001.778,42</u>	2.4.2 Abzuführende Gewerbesteuer	-407.515,00	793.384,00
	176.318.377,01	183.457.027,30	2.4.3 Andere sonstige Verbindlichkeiten	<u>0,00</u>	<u>61.275,00</u>
<b>4. Liquide Mittel</b>	920.231,46	3.557.546,50		32.275.217,99	17.299.578,26
<b>5. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<u>4.253.874,04</u>	<u>2.440.996,00</u>	<b>3. Rückstellungen</b>		
	308.923.010,18	318.294.688,54	3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	118.765.530,75	116.218.900,00
			3.2 für Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen	5.731.184,08	6.831.513,28
			3.3 für die Sanierung von Altlasten	205.000,00	205.000,00
			3.4 im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	28.798,07	20.721,82
			3.5 für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	4.854.908,18	3.947.059,35
			3.6 Andere Rückstellungen	<u>6.468.718,90</u>	<u>1.778.159,09</u>
				136.054.139,98	129.001.353,54
	<u>308.923.010,18</u>	<u>318.294.688,54</u>		<u>308.923.010,18</u>	<u>318.294.688,54</u>

**Ergebnisrechnung**

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis des	Ergebnis des	Ansätze des	mehr (+) weniger	aus Spalte 5
		Vorjahres	Haushaltsjahres	Haushaltsjahres	(-)	bisher nicht
1		EUR	EUR	EUR	EUR	/außerplan-
		2	3	4	5	mäßige Auf-
						wendungen
						6
<b>ordentliche Erträge</b>						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	82.844.802,47	61.881.580,14	70.789.200,00	-8.907.619,86	
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	55.682.149,82	37.824.816,69	36.963.400,00	861.416,69	
3	+ Auflösungserträge aus Sonderposten	5.861.831,26	5.990.447,62	5.828.700,00	161.747,62	
4	+ Sonstige Transfererträge	4.220.134,16	3.088.801,54	4.506.100,00	-1.417.298,46	
5	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	7.018.318,39	7.505.064,65	7.476.800,00	28.264,65	
6	+ Privatrechtliche Entgelte	398.013,21	201.738,72	590.900,00	-389.161,28	
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	31.967.800,85	36.972.485,04	31.101.300,00	5.871.185,04	
8	+ Zinsen und ähnliche Finanzerträge	10.125.518,71	5.073.816,49	7.348.600,00	-2.274.783,51	
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	0,00	71.700,00	71.700,00	0,00	
10	+ Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
11	+ Sonstige ordentliche Erträge	<u>3.224.031,93</u>	<u>4.755.596,07</u>	<u>7.617.800,00</u>	<u>-2.862.203,93</u>	
12	= <b>Summe ordentliche Erträge</b>	<u>201.342.600,80</u>	<u>163.366.046,96</u>	<u>172.294.500,00</u>	<u>-8.928.453,04</u>	
<b>ordentliche Aufwendungen</b>						
13	- Aufwendungen für aktives Personal	-38.968.458,17	-36.837.489,80	-34.849.800,00	-1.987.689,80	
14	- Aufwendungen für Versorgung	-1.099.300,08	-632.945,00	0,00	-632.945,00	
15	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-12.021.090,37	-4.606.215,94	-6.112.132,00	1.505.916,06	
16	- Abschreibungen	-11.582.188,29	-8.020.162,57	-7.384.600,00	-635.562,57	
17	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.780.078,66	-940.765,97	-364.000,00	-576.765,97	
18	- Transferaufwendungen	-58.300.230,54	-58.212.479,87	-83.659.263,36	25.446.783,49	
19	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	<u>-58.847.386,04</u>	<u>-76.168.735,45</u>	<u>-46.835.355,43</u>	<u>-29.333.380,02</u>	
20	= <b>Summe ordentliche Aufwendungen</b>	<u>182.598.732,15</u>	<u>-185.418.794,60</u>	<u>-179.205.150,79</u>	<u>-6.213.643,81</u>	
21	= <b>Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss(+)/ - fehlbetrag(-)</b>	<u>18.743.868,65</u>	<u>-22.052.747,64</u>	<u>-6.910.650,79</u>	<u>-15.142.096,85</u>	
22	+ Außerordentliche Erträge	1.736.330,37	2.969.368,46	0,00	2.969.368,46	
23	- Außerordentliche Aufwendungen	<u>-1.243.645,91</u>	<u>-7.655.182,05</u>	<u>-67.522,40</u>	<u>-7.587.659,65</u>	
24	= <b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<u>492.684,46</u>	<u>-4.685.813,59</u>	<u>-67.522,40</u>	<u>-4.618.291,19</u>	
25	= <b>Jahresergebnis Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)</b>	<u>19.236.553,11</u>	<u>-26.738.561,23</u>	<u>-6.978.173,19</u>	<u>-19.760.388,04</u>	

## Finanzrechnung

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des	Ergebnis des	Ansätze des	mehr (+) weniger	aus Spalte 5
	Vorjahres	Haushaltsjahres	Haushaltsjahres	(-)	bisher nicht
1	EUR	EUR	EUR	EUR	bewilligte über- / außerplan- mäßige
	2	3	4	5	Auszahlungen
					EUR
					6
<b>Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>					
1 + Steuern und ähnliche Abgaben	72.497.642,24	68.762.851,94	70.789.200,00	-2.026.348,06	
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	56.240.475,87	38.453.881,21	36.963.400,00	1.490.481,21	
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	4.650.484,91	3.636.238,51	4.506.100,00	-869.861,49	
4 + Öffentlich-rechtliche Entgelte	6.797.266,89	8.116.496,30	7.476.800,00	639.696,30	
5 + Privatrechtliche Entgelte	452.756,72	274.394,96	590.900,00	-316.505,04	
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	32.313.531,68	35.946.916,01	31.101.300,00	4.845.616,01	
7 + Zinsen und ähnliche Einzahlungen	8.597.383,08	5.543.767,83	7.348.600,00	-1.804.832,17	
8 + Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	<u>2.981.481,99</u>	<u>3.157.727,44</u>	<u>3.117.800,00</u>	<u>39.927,44</u>	
9 = <b>Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<u>184.531.023,38</u>	<u>163.892.274,20</u>	<u>161.894.100,00</u>	<u>1.998.174,20</u>	
<b>Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>					
10 - Auszahlungen für aktives Personal	-38.590.555,72	-35.540.358,47	-34.849.800,00	-690.558,47	
11 - Auszahlungen für Versorgung	-614.925,50	-529.462,89	0,00	-529.462,89	
12 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	-11.891.357,80	-5.778.036,55	-6.226.971,77	448.935,22	
13 - Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-980.308,44	-519.752,34	-364.000,00	-155.752,34	
14 - Transferauszahlungen	-66.079.782,77	-63.675.365,21	-83.652.537,33	19.977.172,12	
15 - Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	<u>-61.075.330,55</u>	<u>-72.957.401,56</u>	<u>-46.970.400,23</u>	<u>-25.987.001,33</u>	
16 = <b>Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<u>179.232.260,78</u>	<u>-179.000.377,02</u>	<u>-172.063.709,33</u>	<u>-6.936.667,69</u>	
17 = <b>Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<u>5.298.762,60</u>	<u>-15.108.102,82</u>	<u>-10.169.609,33</u>	<u>-4.938.493,49</u>	
<b>Einzahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
18 + Zuwendungen für Investitionstätigkeit	7.247.129,61	5.529.119,54	6.721.300,00	-1.192.180,46	
19 + Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	-30.234,49	48.784,06	417.000,00	-368.215,94	
20 + Veräußerung von Sachvermögen	1.121.198,43	1.927.968,23	5.200.000,00	-3.272.031,77	
21 + Sonstige Investitionstätigkeit	<u>1.405.921,32</u>	<u>1.475.003,76</u>	<u>1.694.400,00</u>	<u>-219.396,24</u>	
22 = <b>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<u>9.744.014,87</u>	<u>8.980.875,59</u>	<u>14.032.700,00</u>	<u>-5.051.824,41</u>	
<b>Auszahlungen für Investitionstätigkeit</b>					
23 - Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-2.162.072,36	-1.569.429,29	-5.415.000,00	3.845.570,71	
24 - Baumaßnahmen	-806.780,89	-2.769.906,28	-11.234.839,39	8.464.933,11	
25 - Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-1.225.638,37	-1.592.806,46	-3.727.800,00	2.134.993,54	



26	-	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	-27.526,65	0,00	-25.000,00	25.000,00
27	-	Aktivierbare Zuwendungen	-2.251.087,96	-2.645.143,86	-4.696.075,00	2.050.931,14
28	-	Sonstige Investitionstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-27.500,00</u>	<u>27.500,00</u>
29	=	<b>Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<u>-6.473.106,23</u>	<u>-8.577.285,89</u>	<u>-25.126.214,39</u>	<u>16.548.928,50</u>
30	=	<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<u>3.270.908,64</u>	<u>403.589,70</u>	<u>-11.093.514,39</u>	<u>11.497.104,09</u>
31	=	<b>Finanzmittelfehlbetrag</b>	<u>8.569.671,24</u>	<u>-14.704.513,12</u>	<u>-21.263.123,72</u>	<u>6.558.610,60</u>
<b>Ein-, Auszahlungen aus Finanzierung-stätigkeit</b>						
32	+	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	400.000,00	-400.000,00
33	-	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	<u>-21,44</u>	<u>-21,55</u>	<u>0,00</u>	<u>-21,55</u>
34	=	<b>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<u>-21,44</u>	<u>-21,55</u>	<u>400.000,00</u>	<u>-400.021,55</u>
35	=	<b>Finanzmittelbestand</b>	<u>8.569.649,80</u>	<u>-14.704.534,67</u>	<u>-20.863.123,72</u>	<u>6.158.589,05</u>
36	+	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	340.428.799,94	276.197.443,84	0,00	276.197.443,84
37	-	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	<u>334.241.131,70</u>	<u>-257.559.884,84</u>	<u>0,00</u>	<u>-257.559.884,84</u>
38	=	<b>Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen</b>	<u>6.187.668,24</u>	<u>18.637.559,00</u>	<u>0,00</u>	<u>18.637.559,00</u>
39	=	<b>Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)</b>	<u>14.757.318,04</u>	<u>3.933.024,33</u>	<u>-20.863.123,72</u>	<u>24.796.148,05</u>

**6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage****Vermögensstruktur**

	2008		2007		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	44.742	14	45.037	14	-295
Sachvermögen	81.457	26	82.255	26	-798
Finanzvermögen	<u>163.432</u>	<u>53</u>	<u>163.977</u>	<u>52</u>	<u>-545</u>
<b>Langfristig gebundenes Vermögen</b>	<u>289.631</u>	<u>93</u>	<u>291.269</u>	<u>92</u>	<u>-1.638</u>
Vorräte	15	0	15	0	0
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	1.217	0	1.532	0	-315
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	8.529	3	16.657	5	-8.128
Privatrechtliche Forderungen	3.162	1	1.822	1	1.340
Sonstige Vermögensgegenstände	1.195	0	1.002	0	193
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>4.254</u>	<u>1</u>	<u>2.441</u>	<u>1</u>	<u>1.813</u>
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	<u>18.372</u>	<u>5</u>	<u>23.469</u>	<u>7</u>	<u>-5.097</u>
<b>Liquide Mittel</b>	<u>920</u>	<u>0</u>	<u>3.558</u>	<u>1</u>	<u>-2.638</u>
	<u>308.923</u>	<u>98</u>	<u>318.296</u>	<u>100</u>	<u>-9.373</u>

**Kapitalstruktur**

	2008		2007		+/- TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Basis-Reinvermögen	56.500	18	51.697	16	4.803
Rücklagen	10.100	3	221	0	9.879
Jahresergebnis	<u>-26.739</u>	<u>-9</u>	<u>19.237</u>	<u>6</u>	<u>-45.976</u>
<b>Nettoposition</b>	<b><u>39.861</u></b>	<b><u>12</u></b>	<b><u>71.155</u></b>	<b><u>22</u></b>	<b><u>-31.294</u></b>
Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse	88.899	29	89.499	28	-600
Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte	9.303	3	9.991	3	-688
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	1.548	1	1.209	0	339
Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	982	0	139	0	843
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	118.766	38	116.219	37	2.547
Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	5.731	2	6.832	2	-1.101
Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	<u>205</u>	<u>0</u>	<u>205</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b><u>225.434</u></b>	<b><u>73</u></b>	<b><u>224.094</u></b>	<b><u>70</u></b>	<b><u>1.340</u></b>
Sonstige Geldschulden	7.955	3	3.854	1	4.101
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	789	0	2.653	1	-1.864
Transferverbindlichkeiten	-4	0	536	0	-540
Liquiditätskredite	22.885	7	8.234	3	14.651
Übrige Verbindlichkeiten und RAP	650	0	2.022	1	-1.372
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	29	0	21	0	8
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	4.855	2	3.947	1	908
Andere Rückstellungen	<u>6.469</u>	<u>3</u>	<u>1.778</u>	<u>1</u>	<u>4.691</u>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b><u>43.628</u></b>	<b><u>15</u></b>	<b><u>23.045</u></b>	<b><u>8</u></b>	<b><u>20.583</u></b>
	<u>308.923</u>	<u>100</u>	<u>318.294</u>	<u>100</u>	<u>-9.371</u>

**Kennzahlen Vermögens- und Finanzlage**

	<u>2008</u>	<u>2007</u>	<u>2006</u>
<b>Vermögenslage</b>			
Anlagenintensität	93,8	91,5	98,0
<b>Finanzlage</b>			
Nettopositionsquote I (ohne Sonderposten)	12,9	22,4	19,5
Nettopositionsquote II (mit Sonderposten)	45,5	54,0	49,9
Anlagendeckung	126,4	100,8	88,7
kurzfristige Verbindlichkeitsquote	10,4	5,4	11,2

Die Kennzahl Anlagenintensität stellt das Verhältnis der langfristigen Aktiva zur Bilanzsumme dar. Es wird deutlich, dass eine kommunale Bilanz grundsätzlich dadurch geprägt ist, dass der wesentliche Anteil der Bilanzsumme aus Anlagevermögen besteht.

Mit einer Nettopositionsquote von 12,9 % zum 31.12.2008 ist die Stadt Wilhelmshaven mittelfristig betrachtet mit einem als ausreichend zu bezeichnenden Eigenkapital ausgestattet.

Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Sonderposten, die bei zweckenstprechender Verwendung eigenkapitalähnlichen Charakter haben, errechnet sich die sogenannte Nettopositionsquote II, die zum Bilanzstichtag 45,5 % beträgt.

Die Kennzahl Anlagendeckung wird aus dem Verhältnis der Nettoposition und dem langfristigen Fremdkapital zu den langfristigen Aktiva ermittelt und beschreibt, in welchem Umfang die langfristigen Aktiva fristenkongruent durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital finanziert wurden. Ein Wert von 100% ist anzustreben.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten stellen mit 10,4 % lediglich einen eher untergeordneten Anteil am Gesamtkapital dar.

**Ertragslage**

	2008		2007		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	61.882	38	82.845	41	-20.963	-25
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	37.825	23	55.682	28	-17.857	-32
Auflösungserträge aus Sonderposten	5.990	4	5.862	3	128	2
Sonstige Transfererträge	3.089	2	4.220	2	-1.131	-27
Öffentlich-rechtliche Entgelte	7.505	5	7.018	3	487	7
Privatrechtliche Entgelte	202	0	398	0	-196	-49
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	36.972	23	31.968	16	5.004	16
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	5.074	3	10.126	5	-5.052	-50
Aktivierete Eigenleistungen	72	0	0	0	72	0
Sonstige ordentliche Erträge	<u>4.756</u>	<u>3</u>	<u>3.224</u>	<u>2</u>	<u>1.532</u>	<u>48</u>
<b>Ordentliche Erträge</b>	<b><u>163.367</u></b>	<b><u>101</u></b>	<b><u>201.343</u></b>	<b><u>100</u></b>	<b><u>-37.976</u></b>	<b><u>-19</u></b>
Aufwendungen für aktives Personal	-36.837	-23	-38.968	-19	2.131	-5
Aufwendungen für Versorgung	-633	0	-1.099	-1	466	-42
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-4.606	-3	-12.021	-6	7.415	-62
Abschreibungen	-8.020	-5	-11.582	-6	3.562	-31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-941	-1	-1.780	-1	839	-47
Transferaufwendungen	-58.212	-36	-58.300	-29	88	0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	<u>-76.169</u>	<u>-47</u>	<u>-58.847</u>	<u>-29</u>	<u>-17.322</u>	<u>29</u>
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b><u>-185.418</u></b>	<b><u>-115</u></b>	<b><u>-182.597</u></b>	<b><u>-91</u></b>	<b><u>-2.821</u></b>	<b><u>2</u></b>
Außergewöhnliche Erträge	<u>2.969</u>	<u>2</u>	<u>1.736</u>	<u>1</u>	<u>1.233</u>	<u>71</u>
Außergewöhnliche Aufwendungen	<u>-7.655</u>	<u>-5</u>	<u>-1.244</u>	<u>-1</u>	<u>-6.411</u>	<u>&gt;100</u>
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b><u>-4.686</u></b>	<b><u>-3</u></b>	<b><u>492</u></b>	<b><u>0</u></b>	<b><u>-5.178</u></b>	<b><u>&lt;-100</u></b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b><u>-26.737</u></b>	<b><u>-17</u></b>	<b><u>19.238</u></b>	<b><u>9</u></b>	<b><u>-45.975</u></b>	<b><u>&lt;-100</u></b>

**Kennzahlen Ertragslage**

	<u>2008</u>	<u>2007</u>	<u>2006</u>
<b>Ertragslage</b>			
Eigenkapitalreichweite	2,5	3,7	0,0
Personalintensität I	19,9	21,3	0,0
Sach- und Dienstleistungsintensität	2,5	6,6	0,0
Zinsaufwandsquote	0,5	1,0	0,0
Ordentliche Ergebnisquote	82,5	97,4	0,0

Die Eigenkapitalreichweite wird aus dem Verhältnis des Basis-Reinvermögens zuzüglich der Rücklagen zum Jahresergebnis ermittelt und gibt an, nach wie vielen Jahren das Eigenkapital voraussichtlich durch Jahresfehlbeträge aufgebraucht sein wird.

Die Personalintensität gibt den Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen an. Bei der Interpretation der Kennzahl ist der Grad an Ausgliederungen in der Kommune zu beachten.

Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Die Zinsaufwandsquote verdeutlicht, in welchem Umfang sich die vorhandenen Kredite auf die aktuelle Haushaltssituation der Stadt auswirken. Eine hohe Zinsaufwandsquote engt den finanziellen Spielraum der Kommune ein.

Die ordentliche Ergebnisquote zeigt an, inwiefern das Jahresergebnis auf den ordentlichen Bereich zurückzuführen ist.

**1. Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung zum 31. Dezember 2008**

**AKTIVSEITE**

	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
<b>1.1 Lizenzen</b>	33.265,00	16.577,00
	<hr/>	<hr/>

Ausgewiesen werden Lizenzen für Software im Eigentum der Kernverwaltung. Die Erhöhung im Haushaltsjahr betrifft Zugänge für die Schulen.

	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
<b>1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse</b>	44.090.171,00	44.354.332,00
	<hr/>	<hr/>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2008	44.354.332,00
Zugänge	<u>2.659.374,95</u>
Abschreibungen	<u>-2.923.535,95</u>
Stand am 31.12.2008	<hr/> 44.090.171,00 <hr/>

Der Bestand wurde planmäßig abgeschrieben.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>1.3 Aktivierter Umstellungsaufwand</b>	618.219,00	665.774,00

Die hier ausgewiesenen Aufwendungen für die Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens auf das NKR der Jahre 2004 bis 2006 verringerten sich um die planmäßige Abschreibung.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>	25.848.775,55	25.989.147,63

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Grünflächen	10.426.372,00	10.426.372,00
Sonstige unbebaute Grundstücke	<u>15.422.403,55</u>	<u>15.562.775,63</u>
	<u>25.848.775,55</u>	<u>25.989.147,63</u>

Der Bestand der Grünflächen hat sich gegenüber dem 31.12.2007 nicht verändert. Die Veränderung der sonstigen unbebauten Grundstücke konnte nicht nachvollzogen werden, da es weder eine wertbegründende Dokumentation des Bestands zum 31.12.2008 noch der Zu- und Abgänge des Haushaltsjahres 2008 gibt. Auch die Prüfung der Buchungen auf dem Bestandskonto führte zu keinem Ergebnis, vielmehr wurden dort noch Fehler festgestellt, z. B. Buchungen von pauschalen Personalkostenerstattungen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte</b>	132.258,00	75.026,00



Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2008	75.026,00
Zugänge (Spielgeräte)	<u>64.187,50</u>
Abschreibungen	<u>-6.955,50</u>
Stand am 31.12.2008	<u>132.258,00</u>

	<u>31.12.2008 EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>2.3 Infrastrukturvermögen</b>	48.740.391,85	49.751.779,32

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	<u>31.12.2008 EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	6.097.532,00	6.097.532,00
Brücken und Tunnel	9.762.683,00	9.866.340,00
Straßen, Wege, Plätze, Verkehrslenkungsanlagen	30.214.543,85	31.341.379,32
Friedhofsflächen und -anlagen	2.494.143,00	2.446.528,00
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	<u>171.490,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>48.740.391,85</u>	<u>49.751.779,32</u>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2008	49.751.779,32
Zugänge	<u>2.132.943,00</u>
Abschreibungen	<u>-3.144.330,47</u>
Stand am 31.12.2008	<u>48.740.391,85</u>

Während es beim Grund und Boden des Infrastrukturvermögens sowie bei den Friedhöfen und Bestattungseinrichtungen keine Veränderungen gab, reduzierte sich der Bestand der Brücken und Tunnel sowie der Verkehrslenkungsanlagen um die planmäßigen Abschreibungen. Nach wie vor liegen für die meisten Brücken keine wertbegründenden Unterlagen vor. Auch bei den Straßen, Wegen und Plätzen besteht ebenfalls noch das Problem der nicht nachvollziehbaren Grunddaten, auf denen die Ermittlung des Gesamtbestandes beruht. Eine Aktualisierung der Zustandsbewertung auf den 31.12.2008 fand nicht statt. Des weiteren gab es Zugänge bei Friedhofsaufbauten und sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens (Bushaltestellen).

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.4 Bauten auf fremden Grundstücken</b>	15.659,00	0,00

Es werden Planungskosten zur Erweiterung der Flutlichtanlage des Jadestadions ausgewiesen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler</b>	1.321.117,00	1.321.117,00

Ausgewiesen werden im Wesentlichen Gemälde und Dauerleihgaben an das Küstenmuseum Wilhelmshaven. Die Bewertung erfolgt zulässigerweise in Form eines Festwertes mit dem Versicherungswert der Kunstgegenstände. Dieser Wert hat sich gegenüber dem 31.12.2008 nicht verändert. Ferner gab es im Haushaltsjahr keine Zu- und Abgänge.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge</b>	1.645.128,00	1.368.857,38

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
PKW	92.862,00	79.563,00
LKW	30.639,00	46.721,00
Anhänger	9.553,00	11.298,00
sonstige Fahrzeuge	1.003.934,00	858.831,00
Maschinen	27.472,00	122.941,00
Technische Anlagen	<u>480.668,00</u>	<u>249.503,38</u>
	<u>1.645.128,00</u>	<u>1.368.857,38</u>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2008		1.368.857,38
Zugänge		<u>701.426,89</u>
Abgänge	-103.292,53	
Abschreibungen	<u>-321.863,74</u>	<u>-425.156,27</u>
Stand am 31.12.2008		<u>1.645.128,00</u>

Die Zugänge bestehen zum größten Teil aus sonstigen Fahrzeugen (EUR 395.530,50). Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Feuerwehrfahrzeuge.

Die Abgänge bestehen zum größten Teil aus Maschinen (EUR 91.447,85). Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Reinigungsgeräte und Waschmaschinen.

Wie im Vorjahr ergaben sich bei der stichprobenartigen Prüfung Fehler bei den Anschaffungswerten, Zugangszeitpunkten und Nutzungsdauern. Zusätzlich wurden durch das EDV-Programm trotz richtiger Eingaben teilweise falsche Abschreibungen und somit auch falsche Restbuchwerte ermittelt, in einem Fall fehlte die Abschreibung.

Die Fehler führten sowohl zu hohen als auch zu niedrigen Ausweisen. Eine Aufrechnung aller festgestellten Fehler ergab daher nur eine unwesentliche Auswirkung, von einer Korrektur wurde deshalb abgesehen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere</b>	3.753.440,39	3.749.547,34

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Betriebsvorrichtungen	22.229,00	24.839,00
Büromöbel	1.274.110,05	1.332.259,00
Kopierer	36.789,00	9.122,00
Faxgeräte	56,00	56,00
PC-Hardware	195.212,00	489.966,00
Literatur	775,00	1.072,00
Kameras	7.345,00	4.379,00
Werkzeug	16.464,00	20.190,00
sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.192.960,34	1.860.164,34
Nutzpflanzen	<u>7.500,00</u>	<u>7.500,00</u>
	<u>3.753.440,39</u>	<u>3.749.547,34</u>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	EUR	EUR
Stand am 1.1.2008		3.749.547,34
Zugänge		<u>1.058.318,49</u>
Abgänge	-366.348,71	
Abschreibungen	<u>-688.076,73</u>	<u>-1.054.425,44</u>
Stand am 31.12.2008		<u>3.753.440,39</u>

Die Zugänge bestehen zum größten Teil aus sonstiger Betriebs- und Geschäftsausstattung (EUR 685.713,33). Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Ausstattung der Schulen.

Die Abgänge bestehen zum größten Teil aus PC-Hardware (EUR 334.570,53).

Wie im Vorjahr ergaben sich auch hier bei der stichprobenartigen Prüfung Fehler bei den Anschaffungswerten, Zugangszeitpunkten und Nutzungsdauern. Zusätzlich wurden durch das EDV-Programm trotz richtiger Eingaben teilweise falsche Abschreibungen und somit auch falsche Restbuchwerte ermittelt.

Die Fehler führten sowohl zu hohen als auch zu niedrigen Ausweisen. Eine Aufrechnung aller festgestellten Fehler ergab daher nur eine unwesentliche Auswirkung, von einer Korrektur wurde deshalb abgesehen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.9 Vorräte</b>	15.000,00	15.000,00

Ausgewiesen wird ein Festwert für den Papiervorrat, der anhand der Beschaffungskosten für das Papierlager ermittelt wurde.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau</b>	1.217.102,88	1.531.961,07

Unter den geleisteten Anzahlungen befinden sich im Wesentlichen Zahlungen für den Ausbau der Emsstraße in Höhe von EUR 772.792,01, welche 2010 beendet wurde. Weitere herausragende Posten sind die Kompensationsmaßnahmen Südbollenhagen und Hahner Brake (EUR 268.868,86) und Bestattungswesen (EUR 57.887,44).

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	885.219,46	731.229,69

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Gesell- schafts- kapital EUR	Anteil am Gesellschaftskapital		Buchwert 31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
	EUR	EUR	%	EUR	EUR
WTFS GmbH	513.000,00	359.407,80	70,06	359.407,80	359.407,80
BSW GmbH	290.564,59	290.564,59	100,00	290.564,59	290.564,59
WFG GmbH	25.564,59	25.564,59	100,00	25.564,59	25.564,59
VHS/MS gGmbH	209.682,48	209.682,48	100,00	<u>209.682,48</u>	<u>55.692,71</u>
				885.219,46	731.229,69

Verbundene Unternehmen sind solche, an denen die Kommune beteiligt ist und die unter deren beherrschendem Einfluss stehen. Dies ist anzunehmen, wenn die Kommune mehr als 50% der Stimmrechte besitzt.

Für die Bewertung des Anteils an der VHS/MS wurde nachträglich eine Korrektur der Eröffnungsbilanz vorgenommen. Es wurden zuvor Jahresfehlbeträge einbezogen, was bei der Anwendung der Kapitalspiegelmethode nicht zulässig ist.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.2 Beteiligungen</b>	1.834.296,68	1.834.296,68

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Gesellschafts- kapital EUR	Anteil am Gesellschafts- kapital EUR	Buchwert EUR	Vorjahr EUR
Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH	22.841.833,35	1.370.510,00	1.370.510,00	1.370.510,00
TCN Marketing GmbH	26.000,00	2.600,00	2.600,00	2.600,00
IWAG GmbH	242.262,83	38.762,05	38.762,05	38.762,05
Ostfriesland Tourismus GmbH	930.250,00	132.560,63	132.560,63	132.560,63
KVG GmbH	332.000,00	67.064,00	67.064,00	67.064,00
WiFöG WHV-FRI GmbH	25.600,00	12.800,00	12.800,00	12.800,00
EWS GmbH	90.000,00	90.000,00	90.000,00	90.000,00
JadeWeserPort Info-Center GmbH	560.000,00	120.000,00	<u>120.000,00</u>	<u>120.000,00</u>
			1.834.296,68	1.834.296,68

Beteiligungen sind Anteile der Kommune an Unternehmen und Einrichtungen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauerhafte Verbindung zu diesen Unternehmen und Einrichtungen herzustellen. Entscheidend ist hierbei die Beteiligungsabsicht und nicht die Beteiligungshöhe.

Im Vergleich zum 31.12.2007 gab es keine Veränderungen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung</b>	111.964.301,32	111.965.444,69

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
WEB	71.523.338,13	71.523.338,13
Reinhard-Nieter-Krankenhaus	5.831.478,40	5.831.478,40
SGW	500.000,00	500.000,00
GGS	31.620.501,21	31.620.501,21
SDW	2.065.371,08	2.065.371,08
Willy-Land-Stiftung	33.233,97	33.233,97
Franz-Kuhlmann-Stiftung	230.446,43	231.589,80
Käthe-Hauptmann-Stiftung	133.600,57	133.600,57
Arthur-Hachmann-Stiftung	10.481,48	10.481,48
Erna-Reith-Stiftung	5.624,21	5.624,21
Else-Klar-Stiftung	<u>10.225,84</u>	<u>10.225,84</u>
	<u>111.964.301,32</u>	<u>111.965.444,69</u>

Zum Sondervermögen mit Sonderrechnung gehören insbesondere die Eigenbetriebe als wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie die rechtlich unselbständigen Stiftungen.

Das Vermögen der Franz-Kuhlmann-Stiftung hat sich aufgrund von Zinserträgen und Entnahmen gem. Stiftungszweck geringfügig verändert.



	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.4 Ausleihungen</b>	48.747.809,03	49.446.070,39

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Ausleihung an GGS	47.342.330,33	48.336.869,09
Wohnungsbaudarlehen	303.578,00	373.170,28
Schuldscheindarlehen I	69.497,86	91.151,07
Schuldscheindarlehen II	94.831,47	95.131,47
Ausleihung an die VHS/MS gGmbH	248.000,00	0,00
Sonstiges Hypothekendarlehen	357.904,32	357.904,32
Sonstiges Darlehen I	60.287,62	61.464,73
Sonstiges Darlehen II	130.379,43	130.379,43
Ausleihung an die KVG GmbH	<u>141.000,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>48.747.809,03</u>	<u>49.446.070,39</u>

Ausleihungen stellen langfristige Forderungen aus Geld- oder Finanzgeschäften dar, dazu zählen vor allem Darlehen, Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden. Sie sind mit ihrem Anschaffungswert anzusetzen.

Grundsätzlich war eine planmäßige Tilgung und somit eine Werthaltigkeit der Ausleihungen gegeben. Die Darlehen im Konzernverbund werden spiegelbildlich in den jeweiligen Bilanzen der Eigenbetriebe und Gesellschaften abgebildet.

In den Fällen des Schuldscheindarlehens II sowie des sonstigen Hypothekendarlehens, bei denen der Schuldner identisch ist, lassen die unverhältnismäßig geringe jährliche Tilgung von EUR 300,00 sowie die bereits über 30 Jahre lange Laufzeit große Zweifel an der Werthaltigkeit aufkommen.

Die zunächst unter den liquiden Mitteln ausgewiesenen Ausleihungen an die VHS/MS gGmbH sowie an die KVG GmbH wurden hierhin umgegliedert.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.5 Öffentlich-rechtliche Forderungen</b>	6.804.172,37	15.207.704,09

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Öffentlich-rechtliche Forderungen	9.751.137,19	19.315.891,66
Kommunale Steuern / übrige öffentlich-rechtliche Forderungen	<u>74.485,28</u>	<u>120.895,11</u>
Bruttowert der Forderungen	9.825.622,47	19.436.786,77
abzüglich Pauschalwertberichtigung	<u>-3.021.450,10</u>	<u>-4.229.082,68</u>
Bilanzansatz	<u>6.804.172,37</u>	<u>15.207.704,09</u>

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen (z. B. Steuern, Gebühren, Beiträge) setzen sich überwiegend aus einer Vielzahl von Kleinbeträgen zusammen, es sind aber auch vereinzelt weitaus höhere Beträge im Mio-EUR Bereich vorhanden (Gewerbsteuerforderungen).

Der erhebliche Rückgang ist unter anderem auf eine Korrektur der Eröffnungsbilanz im Vorjahr zurückzuführen, da zum 1.1.2007 Forderungsbeträge von rund MioEUR 5,5 nachaktiviert werden mussten.

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Werthaltigkeit geprüft wurden. Dabei fiel auf, dass teilweise interne Forderungen zwischen Fachbereichen der Kernverwaltung ausgewiesen wurden, wodurch sich der Forderungs- sowie der Verbindlichkeitenbestand aber noch nicht wesentlich erhöht. Die Kämmerei wurde auf diese Problematik hingewiesen.

Auffällig war weiterhin die mehrfache Führung von Personenkonten für identische Zahlungspartner bei den Steuerforderungen. Bei den geprüften Stichproben ergaben sich im Saldo jedoch die richtigen Forderungsbeträge.

Einzelwertberichtigungen wurden im Jahresabschluss nicht vorgenommen, dafür wurde eine Pauschalwertberichtigung von ca. 30% des Forderungsbestandes gebildet. Dies erscheint auf den ersten Blick hoch, kann aber aufgrund vieler Altfälle sowie der fehlenden Einzelwertberichtigungen als angemessen bezeichnet werden.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
	<hr/>	<hr/>
<b>3.6 Forderungen aus Transferleistungen</b>	1.725.211,63	1.448.932,97
	<hr/>	<hr/>

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
	<hr/>	<hr/>
Forderungen aus Transferleistungen	2.490.900,89	1.977.416,87
abzüglich Pauschalwertberichtigung	<u>-765.689,26</u>	<u>-528.483,90</u>
	<u>1.725.211,63</u>	<u>1.448.932,97</u>
	<hr/>	<hr/>
	1.725.211,63	1.448.932,97
	<hr/>	<hr/>

Die Forderungen aus Transferleistungen (z. B. Kosten der Unterkunft, Forderungen aus bewilligten Landes- oder Bundeszuweisungen) setzen sich überwiegend aus einer Vielzahl von Kleinbeträgen zusammen, es sind aber auch vereinzelt weitaus höhere Beträge im Mio-EUR Bereich vorhanden (Abrechnung Quotales System).

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Werthaltigkeit geprüft wurden. Auch hier besteht das Problem des Ausweises interner Forderungen.

Einzelwertberichtigungen wurden im Jahresabschluss nicht vorgenommen, dafür wurde eine Pauschalwertberichtigung von ca. 30% des Forderungsbestandes gebildet. Dies erscheint auf den ersten Blick hoch, kann aber aufgrund vieler Altfälle sowie der fehlenden Einzelwertberichtigungen als angemessen bezeichnet werden.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.7 Sonstige privatrechtliche Forderungen</b>	3.162.260,89	1.821.570,37

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Privatrechtliche Ford. aus Dienstleistungen	434.526,20	1.572.585,56
Übrige privatrechtliche Forderungen	3.978.024,65	639.874,58
Liquiditätskredit an KVG GmbH	0,00	119.000,00
<b>Bruttowert der Forderungen</b>	4.412.550,85	2.331.460,14
abzüglich Pauschalwertberichtigung	-1.250.289,96	-509.889,77
<b>Bilanzansatz</b>	3.162.260,89	1.821.570,37

Die sonstigen privatrechtlichen Forderungen (z. B. Mieten und Pachten, Gewinnanteile, Verkaufserlöse von Vermögensgegenständen) setzen sich überwiegend aus einer Vielzahl von Kleinbeträgen zusammen, es sind aber auch vereinzelt weitaus höhere Beträge im Mio-EUR Bereich vorhanden (Rückforderung überzahlter Mieten).

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Werthaltigkeit geprüft wurden. Auch hier besteht das Problem des Ausweises interner Forderungen.

Der Ausweis des Liquiditätskredits an die Krematoriums-Verpachtungsgesellschaft mbH (KVG GmbH) erfolgte zunächst wiederum unter den liquiden Mitteln. Im Gegensatz zum Vorjahr erfolgte die Umgliederung nach Rücksprache mit der Kämmerei nun zu den Ausleihungen.

Einzelwertberichtigungen wurden im Jahresabschluss nicht vorgenommen, dafür wurde eine Pauschalwertberichtigung von ca. 30% des Forderungsbestandes gebildet. Dies erscheint auf den ersten Blick hoch, kann aber aufgrund vieler Altfälle sowie der fehlenden Einzelwertberichtigungen als angemessen bezeichnet werden.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.8 Sonstige Vermögensgegenstände</b>	1.195.105,63	1.001.778,42

Ausgewiesen wird die Versorgungsrücklage nach § 14a Bundesbesoldungsgesetz. Sie wird als zweckgebundene Rücklage von der Versorgungskasse Oldenburg verwaltet.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>4. Liquide Mittel</b>	920.231,46	3.557.546,50

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Sparkasse Wilhelmshaven, laufendes Konto	591.790,29	84.327,57
Sparkasse Wilhelmshaven, laufendes Konto	141.469,51	140.200,37
Sparkasse Wilhelmshaven, Tagesgeldkonto	51.038,80	3.158.477,08
Postbank Hannover, laufendes Konto	68.747,96	114.538,37
Kassenautomat Stadtkasse	41.254,46	37.767,50
Weitere Wechselgeld- und Handvorschüsse bzw. Zahlstellen	<u>25.930,44</u>	<u>22.235,61</u>
	<u>920.231,46</u>	<u>3.557.546,50</u>

Die liquiden Mittel werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Die Bankbestände wurden mit den Kontoauszügen abgeglichen, zusätzlich wurden Bankbestätigungen eingeholt.

Der Liquiditätskredit an die Krematoriums-Verpachtungsgesellschaft mbH (KVG GmbH) war zunächst unter den liquiden Mitteln ausgewiesen und wurde unter die Ausleihungen umgliedert.

Zu beachten ist, dass die korrekten Bestände nur über Anpassungsbuchungen gegen Reinvermögen zustande gekommen sind, da im laufenden Buchungsgeschäft Fehler in den einzelnen Modulen DKW (Kassenwesen) und DFM (Finanzbuchhaltung) der Finanzsoftware ProFiskal auftreten. Da sich diese Probleme nicht beheben lassen, ist erst mit der Einführung der neuen Finanzsoftware mit einer fehlerfreien Abbildung der liquiden Mitteln zu rechnen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>5. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	4.253.874,04	2.440.996,00

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Beamtenbesoldung für Januar Folgejahr	1.013.171,24	951.578,89
Versorgungsumlage Folgejahr	1.492.750,00	1.460.500,00
Sonstige Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	27.824,92	28.917,11
Kosten der Unterkunft Januar Folgejahr	<u>1.720.127,88</u>	<u>0,00</u>
	<u>4.253.874,04</u>	<u>2.440.996,00</u>

**PASSIVSEITE**

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>1.1.1 Reinvermögen</b>	56.500.308,88	61.080.819,49

Das Reinvermögen innerhalb der Nettosition ist die Restgröße, dessen Höhe sich aus der Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (restliche Passiva) ergibt. Die Veränderung beruht auf Berichtigungen der Eröffnungsbilanz (-6.288.477,90 EUR) sowie Buchung von Korrekturposten der liquiden Mittel (1.707.967,29 EUR).

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)</b>	0,00	-9.383.467,12

Im Vorjahr wurde der kamerale Rechnungsabschluss 2006 abzüglich der Haushaltsausgabenbereste und dem aktivierten Umstellungsaufwand ausgewiesen. Der Überschuss des Jahres 2007 wurde zum Ausgleich dieses Fehlbetrags verwendet.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses</b>	9.360.401,53	0,00

Ausgewiesen wird der Restbetrag des ordentlichen Jahresergebnisses 2007 (EUR 18.743.868,65) nach der Verrechnung mit dem Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (s. o.).

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses</b>	492.684,46	0,00

Es handelt sich um das außerordentliche Ergebnis des Jahres 2007, welches nach Ratsbeschluss diesen Rücklagen zugeführt wurde.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen</b>	246.687,12	221.287,12

Beim Betrag von EUR 221.287,12 handelt es sich um das ursprüngliche Vermögen der 6 unselbständigen Stiftungen. Das Vermögen zum Bilanzstichtag wird als Sondervermögen auf der Aktivseite ausgewiesen. Die Absetzung des ursprünglichen Vermögens auf der Passivseite erfolgt, da die Stadt Wilhelmshaven das Vermögen der Stiftungen nicht für eigene Zwecke in Anspruch nehmen darf.

Die Erhöhung um EUR 25.400,00 ist auf die im Jahr 2008 erstmalig gebildete Rücklage aus Überschüssen der kostenrechnenden Einrichtung "Wochenmärkte" zurückzuführen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>1.3 Jahresergebnis</b>	-26.738.561,23	19.236.553,11



	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
<b>1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse</b>	88.898.912,00	89.499.233,22

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2008	89.499.233,22
Zugänge	<u>4.560.840,31</u>
Auflösungen	<u>-5.161.161,53</u>
Stand am 31.12.2008	<u>88.898.912,00</u>

	<u>31.12.2008</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
<b>1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte</b>	9.303.192,00	9.991.011,60

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2008	9.991.011,60
Zugänge	<u>142.780,49</u>
Auflösungen	<u>-830.600,09</u>
Stand am 31.12.2008	<u>9.303.192,00</u>

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>1.4.3 Gebührenausgleich</b>	1.548.246,95	1.208.976,43

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Wochenmärkte	11.132,95	34.859,43
Rettungsdienst/Krankentransport	1.537.114,00	1.174.117,00
	1.548.246,95	1.208.976,43

Der Gebührenüberschuss des Rettungsdienstes/Krankentransport hat sich gegenüber dem Vorjahr erheblich erhöht. Der Gebührenüberschuss der Wochenmärkte wurde zum Bilanzstichtag teilweise in eine zweckgebundene Rücklage für Ersatzinvestitionen umgewandelt.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>1.4.4 erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten</b>	981.780,50	139.342,89

Es handelt sich um Abschlagszahlungen für Fremdfinanzierungsanteile, z. B. vom Land Niedersachsen für den Straßenbau. Der starke Anstieg ist auf die Kompensationsmaßnahmen zurückzuführen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.1.1 Liquiditätskredite</b>	22.885.000,00	8.234.000,00

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
ING Diba, Tagesgeldkonto	3.000.000,00	0,00
GGs	7.517.000,00	3.216.000,00
WEB	10.978.000,00	2.956.000,00
SDW	1.236.000,00	1.535.000,00
SGW	154.000,00	400.000,00
VHS/MS gGmbH	0,00	127.000,00
	<u>22.885.000,00</u>	<u>8.234.000,00</u>

Die Liquiditätskredite werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Es erfolgte ein Abgleich mit der Saldenmitteilung der Bank bzw. den Bilanzen der Eigenbetriebe, zusätzlich wurden die Darlehensverträge eingesehen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.1.2 Sonstige Geldschulden</b>	7.954.567,84	3.854.260,23

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
SGW	2.629.084,32	2.159.715,21
Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH	1.857.611,08	1.694.545,02
WTF Stadtwerke GmbH	<u>3.467.872,44</u>	<u>0,00</u>
	<u>7.954.567,84</u>	<u>3.854.260,23</u>

Die sonstigen Geldschulden werden mit dem Nennwert ausgewiesen. Es erfolgte ein Abgleich mit den Bilanzen der Eigenbetriebe und Gesellschaften. Dabei wurde festgestellt dass der Wert des Eigenbetriebs SGW zu hoch war und der Betrag der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH fehlte. Es wurde insgesamt eine Korrektur von EUR 1.611.812,15 vorgenommen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.2 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	789.116,19	2.652.915,15

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen setzen sich aus einer Vielzahl von Beträgen zwischen unter EUR 1 und mehr als EUR 300.000,00 (Beihilfen IV. Quartal 2008) zusammen. Es handelt sich hauptsächlich um Aufwendungen für Personal, Verwaltung, Reinigung und Kompensationsmaßnahmen.

Zur Prüfung wurden wiederum Stichproben herangezogen, die auf korrekte Zuordnung, Periodenabgrenzung und Zahlungsausgleich geprüft wurden. Dabei fiel auf, dass teilweise interne Verbindlichkeiten zwischen Fachbereichen der Kernverwaltung ausgewiesen wurden, wodurch sich der Verbindlichkeiten- sowie der Forderungsbestand aber noch nicht wesentlich erhöht. Ferner wurde in einem Fall eine Verbindlichkeit nicht vollständig gebucht, sondern im Folgejahr als periodenfremder Aufwand erfasst um das vorgegebene Budget nicht zu überschreiten. Die Kämmerei wurde auf diese Probleme hingewiesen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.3.1 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke</b>	29.654,13	170.380,49

Bei den Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen für laufende Zwecke handelt es sich z. B. um Sportförderungen.

Ansonsten wird auf die Prüfungsfeststellungen zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verwiesen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.3.2 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen</b>	0,00	-200,00

Es handelt sich im Vorjahr um einen Überzahlungsbetrag der Schuldendiensthilfe. Die Position ist von untergeordneter Bedeutung.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.3.3 Soziale Leistungsverbindlichkeiten</b>	-66.263,62	365.759,16

Zum Bilanzstichtag ergab sich eine Überzahlung, so dass der Ausweis eigentlich unter den Forderungen bzw. sonstigen Vermögen erfolgen müsste. Um die Überzahlung explizit darzustellen, erfolgte auf Wunsch der Kämmerei jedoch keine Umgliederung.

Ansonsten wird auf die Prüfungsfeststellungen zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verwiesen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.3.4 Steuerverbindlichkeiten</b>	3.864,26	4,09

Es wird auf die Prüfungsfeststellungen zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verwiesen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.3.5 Andere Transferverbindlichkeiten</b>	29.042,05	0,00

Es wird auf die Prüfungsfeststellungen zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verwiesen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.4.1 Durchlaufende Posten</b>	1.057.752,14	1.167.800,14

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Verrechnete Mehrwertsteuer	20.444,90	56.795,56
Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	287.867,63	279.672,05
Sonstige durchlaufende Posten	749.439,61	831.332,53
	1.057.752,14	1.167.800,14

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
a) <b>Verrechnete Mehrwertsteuer</b>	20.444,90	56.795,56

Ausgewiesen wird die für die Monate November und Dezember 2008 zu entrichtende Umsatzsteuer für die Betriebe gewerblicher Art der Kernverwaltung. Bei der Verprobung mit den Umsatzsteuer-Voranmeldungen stellte sich eine geringfügige Differenz heraus, die daher nicht korrigiert wurde.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
b) <b>Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer</b>	287.867,63	279.672,05

Ausgewiesen wird die für den Monat Dezember 2008 abzuführende Lohn- und Kirchensteuer der Stadt Wilhelmshaven. Der Betrag wurde mit der Lohnsteuer-Anmeldung an das Finanzamt für Dezember 2008 abgeglichen und ist bis auf eine unwesentliche Differenz in Ordnung.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
c) <b>Sonstige durchlaufende Posten</b>	749.439,61	831.332,53

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
vereinnahmte Gebühren SGW	181.604,75	34.441,84
vereinnahmte Gebühren WEB	420.341,70	619.234,31
Verwahrgelder	147.493,16	177.656,38
	749.439,61	831.332,53

Ausgewiesen werden von der Kernverwaltung vereinnahmte Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, dabei handelt es sich hauptsächlich um Müllgebühren.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.4.2 Abzuführende Gewerbesteuer</b>	-407.515,00	793.384,00

Ausgewiesen wird die Überzahlung zur Gewerbesteuer-Umlage für das Jahr 2008. Die entsprechende "Meldung der Umlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens" wurde von uns bereits Anfang 2009 geprüft und ist in Ordnung.

Auch hier müsste der Ausweis eigentlich unter den Forderungen bzw. sonstigen Vermögen erfolgen. Um die Überzahlung explizit darzustellen, erfolgte auf Wunsch der Kämmererei jedoch keine Umgliederung.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>2.4.3 Andere sonstige Verbindlichkeiten</b>	0,00	61.275,00

Es handelte sich im Vorjahr um die restliche an die JadeWeserPort Info-Center GmbH zu zahlende Kapitalrücklage.



	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen</b>	118.765.530,75	116.218.900,00

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Pensionen aktive Beamte Kernverwaltung	44.631.144,00	45.786.372,00
Pensionen Versorgungsempfänger	60.953.108,00	57.528.156,00
Beihilfen aktive Beamte Kernverwaltung	5.444.999,57	5.585.937,00
Beihilfen Versorgungsempfänger	7.436.279,18	7.018.435,00
Pensionen Zweckverband Veterinäramt	300.000,00	300.000,00
	<u>118.765.530,75</u>	<u>116.218.900,00</u>

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde von der Versorgungskasse Oldenburg nach den gesetzlichen Vorschriften mit dem Programm HAESSLER Pensionsrückstellung HPR 4.5 durchgeführt. Für sämtliche Pensionäre, Hinterbliebene und aktive Beamte der Kernverwaltung wurde die Pensionsrückstellung einzeln auf der Basis von pauschalierten Berechnungsgrundlagen berechnet. Die Berechnungsgutachten wurden eingesehen und zu 100% mit den Zahlungsempfängerlisten (Besoldung, Versorgungsbezüge) abgeglichen. Die Prüfung hat ergeben, dass ausser für zwei aktive Beamte für alle anderen aktiven Beamten, Pensionäre und Hinterbliebene ein entsprechendes Gutachten vorliegt. Die Gutachten wurden stichprobenweise auf inhaltliche Richtigkeit geprüft, Abweichungen haben sich nicht ergeben. Die fehlenden Werte der zwei aktiven Beamten fallen in Aufrechnung mit dem aus Vorsichtsgründen gebildeten Rückstellungsbetrag für den Zweckverband Veterinäramt nicht wesentlich ins Gewicht.

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass Beamte nach § 107b BeamtVG (Verteilung der Versorgungslasten für abgegebene/übernommene Beamte) nicht erfasst worden sind. Nach Angabe des Fachbereichs Zentrale Dienste befinden sich diese Fälle noch in der Abstimmungsphase zwischen den Versorgungskassen und dem Innenministerium. Es ist damit zu rechnen, dass eine Entscheidung getroffen wird, ob und ggf. unter welchen Konstellationen derartige Fälle in die Bilanz einfließen sollen.

Soweit aus versicherungsmathematischen Gründen (z. B. Veränderungen der Sterbetafeln) die Pensionsrückstellungen neu zu bewerten sind, werden diese Veränderungen auch bei den Beihilferückstellungen nachvollzogen.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.2 Rückstellungen für Altersteilzeitarbeit und ähnlichen Maßnahmen</b>	5.731.184,08	6.831.513,28

Der **Posten** hat sich im Berichtsjahr wie folgt **entwickelt**:

	1.1.2008 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2008 EUR
Urlaubsrückstellungen	648.808,83	-648.808,83	0,00	632.166,59	632.166,59
Überstundenrückstellungen	983.985,13	-983.985,13	0,00	1.015.625,74	1.015.625,74
Rückstellungen für Altersteilzeit	<u>5.198.719,32</u>	<u>-464.998,10</u>	<u>-650.329,47</u>	<u>0,00</u>	<u>4.083.391,75</u>
	6.831.513,28	-2.097.792,06	-650.329,47	1.647.792,33	5.731.184,08

Unter dieser Bilanzposition werden die Lohn- und Gehaltszahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit, nicht in Anspruch genommenen Urlaub und geleistete Überstunden ausgewiesen, sofern ein Ausgleich nach dem Bilanzstichtag vorgenommen wurde.

Die Berechnungen der Rückstellungen für Altersteilzeit werden mit dem Programm "Rückstellung Altersteilzeit" durchgeführt. Dieses Programm wurde vom Klinikum Stuttgart entwickelt und hat sich seit Jahren am Markt bei fast 700 Anwendern behauptet, darunter auch beim Reinhard-Nieter-Krankenhaus in Wilhelmshaven. Es wird die vom Hauptfachausschuss des Instituts für Wirtschaftsprüfer vorgegebene Berechnungsmethode angewandt.

Neue Altersteilzeitvereinbarungen wurden eingesehen und die Eingangsdaten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Programm der Rückstellungsberechnung geprüft. Es ergaben sich geringfügige Abweichungen, die auf die Berechnung der Rückstellung jedoch keine Auswirkung haben. Die Berechnungen anhand des Programms sind nachvollziehbar und ergaben nur unwesentliche Abweichungen.

Die Rückstellungen für Urlaubsansprüche und für geleistete Überstunden wurden mit selbst erstellten Excel-Tabellen ermittelt. Die Berechnungen wurden anhand der Formeln geprüft und für in Ordnung befunden.

Bei der Rückstellung für Urlaubsansprüche wurde in einem Fall zu viele Urlaubstage berücksichtigt. Die Folgewirkung auf die berechnete Rückstellung ist jedoch nicht wesentlich bzw. tolerierbar, da eine etwas höhere Rückstellung im Zweifel das Risiko einer ungewissen Verbindlichkeit abdeckt.

Bei den Eingangsdaten der Rückstellungen für geleistete Überstunden erscheint die angenommene Arbeitsstundenzahl pro Monat geringfügig zu hoch. Auch hier ist die Folgewirkung auf die berechnete Rückstellung nicht wesentlich.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.3 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten</b>	205.000,00	205.000,00

Unter dieser Rückstellung werden unverändert geschätzte Kosten für die Sicherungsmaßnahmen für ein mit Kampfmitteln belastetes, unbebautes Grundstück ausgewiesen (Bordumer Busch). Die Umzäunung des Grundstücks ist insgesamt erneuerungsbedürftig.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.4 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen</b>	28.798,07	20.721,82

Ausgewiesen werden Steuerrückstellungen für Betriebe gewerblicher Art aufgrund einer steuerlichen Außenprüfung des Finanzamts.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.5 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren</b>	4.854.908,18	3.947.059,35

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften	3.755.908,18	3.857.059,35
anhängige Gerichtsverfahren	27.000,00	90.000,00
Gerichtsverfahren Kosten der Unterkunft	<u>1.072.000,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>4.854.908,18</u>	<u>3.947.059,35</u>

Die hauptsächliche Veränderung ist auf die neu gebildete Rückstellung für das besondere Gerichtsverfahren zu den Kosten der Unterkunft aufgrund der unklaren Rechtslage zurückzuführen.

Bei den Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren ergab sich aufgrund der gesunkenen Anzahl der Verfahren und des damit verbundenen geschätzten Gesamtstreitwertes zu einer Verminderung der Rückstellung.

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
<b>3.6 Andere Rückstellungen</b>	6.468.718,90	1.778.159,09

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2008 EUR	Vorjahr EUR
Jubiläumsrückstellungen	168.155,00	166.374,00
Rückstellung für Leibrenten	1.057.172,38	1.072.498,12
Mietrückstellungen Ratrium	0,00	174.756,90
Rückstellung für rückständige Mietzahlungen	162.655,07	337.295,57
Rückstellung für leistungsorientierte Bezahlung	118.750,00	23.375,00
Sonstige Rückstellungen	0,00	3.859,50
Rückstellung Schulschwimmen	178.500,00	0,00
Verlustausgleich Reinhard-Nieter- Krankenhaus gGmbH	1.283.486,45	0,00
Rückführung Liquiditätskredite Eigenbetrieb Reinhard-Nieter-Krankenhaus	<u>3.500.000,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>6.468.718,90</u>	<u>1.778.159,09</u>

Bei den Jubiläumsrückstellungen werden die voraussichtlichen Jubiläumszuwendungen bis zum Jahr 2047 für das 25- und 40-jährige Dienstjubiläum berücksichtigt.

Für die seitens der Kernverwaltung bestehenden Verpflichtungen in Form von Leibrenten aus dem Erwerb von Grundstücken auf Rentenbasis wurden entsprechende Rückstellungen gebildet. Nach der Ermittlung der noch zu erwartenden Leibrenten durch den zuständigen Eigenbetrieb GGS wurde die erforderliche Abzinsung auf den Kapitalwert unterlassen, so dass sich ein zunächst höherer Wert ergab. Die erforderliche Abzinsung wurde nachgebucht.

Die rückständigen Mietzahlungen betreffen fragliche Zahlungen an GGS für die Zeit vor dem 1.1.2007.

Beim Verlustausgleich Reinhard-Nieter-Krankenhaus gGmbH handelt es sich um den auf die Jahre 2006 bis 2008 entfallenen Betrag der Nachbewilligung der Kernverwaltung, die Rückführung von Liquiditätskrediten gegenüber dem Eigenbetrieb Reinhard-Nieter-Krankenhaus berücksichtigt den bis zum 31.12.2008 in Anspruch genommenen Betrag.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>1. Steuern und ähnliche Abgaben</b>	70.789.200,00	0,00	61.881.580,14	82.844.802,47

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Grundsteuer A	104.014,18	102.062,53
Grundsteuer B	11.853.611,23	11.844.964,70
Gewerbesteuer	24.084.582,28	47.338.338,51
Gemeindeanteil Einkommensteuer	20.439.087,00	18.054.452,00
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	2.761.508,00	2.671.520,00
Vergnügungssteuer	549.795,38	645.570,00
Hundesteuer	320.217,00	376.403,45
Jagdsteuer	1.103,12	1.275,06
Leistungen Land ALG II	<u>1.767.661,95</u>	<u>1.810.216,22</u>
	<u>61.881.580,14</u>	<u>82.844.802,47</u>

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen</b>	36.963.400,00	0,00	37.824.816,69	55.682.149,82

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Bund	6.767.062,86	6.811.914,43
Land	30.928.623,70	48.572.144,52
Sonstige	102.106,37	235.249,05
Spenden	<u>27.023,76</u>	<u>62.841,82</u>
	<u>37.824.816,69</u>	<u>55.682.149,82</u>

Es handelt sich hauptsächlich um Schlüsselzuweisungen des Landes (MioEUR 27).

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>3. Auflösungserträge aus Sonderposten</b>	5.828.700,00	0,00	5.990.447,62	5.861.831,26

Ausgewiesen werden die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie für Beiträge und Entgelte.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>4. Sonstige Transfererträge</b>	4.506.100,00	0,00	3.088.801,54	4.220.134,16

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Örtliche Trägerschaft	622.373,85	1.148.130,94
Überörtliche Trägerschaft	1.421.256,21	2.204.542,10
Sonstige	<u>1.045.171,48</u>	<u>867.461,12</u>
	<u>3.088.801,54</u>	<u>4.220.134,16</u>

Es handelt sich im Wesentlichen um soziale Leistungen.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>5. Öffentlich-rechtliche Entgelte</b>	7.476.800,00	0,00	7.505.064,65	7.018.318,39
	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>		
Verwaltungsgebühren	3.222.428,11	3.012.149,81		
Benutzungsgebühren	4.282.636,54	3.982.918,58		
Sonstige zweckgebundene Abgaben	<u>0,00</u>	<u>23.250,00</u>		
	<u>7.505.064,65</u>	<u>7.018.318,39</u>		

Unter dieser Position werden z. B. Rettungsdienstgebühren ausgewiesen.

Die Benutzungsgebühren enthalten zum Teil periodenfremde Erträge aus dem Vorjahr.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>6. Privatrechtliche Entgelte</b>	590.900,00	0,00	201.738,72	398.013,21
	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>		
Mieten und Pachten	149.295,84	297.430,69		
Erträge aus dem Verkauf von Sachvermögen	53.463,16	53.514,14		
Sonstige private Leistungsentgelte	<u>-1.020,28</u>	<u>47.068,38</u>		
	<u>201.738,72</u>	<u>398.013,21</u>		



	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen</b>	<b>31.101.300,00</b>	<b>0,00</b>	<b>36.972.485,04</b>	<b>31.967.800,85</b>

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Bund	1.050,18	5.709,44
Land	27.218.828,42	24.971.109,24
Gemeinden	881.729,75	644.336,16
Zweckverbände	36.050,46	551,15
Sonstige öffentliche Betriebe	139.060,58	23.446,23
Verbundene Unternehmen	4.259.273,16	2.225.161,75
Private Unternehmen	247.023,84	156.299,80
Übrige Bereiche	<u>4.189.468,65</u>	<u>3.941.187,08</u>
	<u>36.972.485,04</u>	<u>31.967.800,85</u>

Den größten Anteil haben die Erstattungen des Landes für Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Trägerschaft.

Die Erstattungen des Landes enthalten zum Teil periodenfremde Erträge aus dem Vorjahr.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge</b>	7.348.600,00	0,00	5.073.816,49	10.125.518,71
	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>		
Zinsen verbundene Unternehmen	3.089.423,18	3.828.963,16		
Zinsen Stiftungen	110.639,69	80.361,97		
Zinsen Bank	16.808,94	45.246,56		
Zinsen siB	11.480,62	13.248,13		
Buß- und Verwargelder Mahn- und Pfändungsgebühren	1.082.998,33	995.307,80		
Stundungs- und Verzugszinsen	4.730,00	10.624,40		
Abwicklung Verbraucherinsolvenzen	12.119,36	202,88		
Nebenforderungen DPK	44.191,99	263.778,73		
Nebenforderungen Haushalt	91.533,35	74.283,67		
Gewinnanteile	29.028,79	3.813.989,13		
Steuerverzinsungen	118.990,11	959.454,75		
Herabsetzung Wertberichtigungen	230.027,03	0,00		
Versorgungsrücklage	<u>193.327,21</u>	<u>0,00</u>		
	<u>5.073.816,49</u>	<u>10.125.518,71</u>		

Die Zinserträge der verbundenen Unternehmen sowie die Gewinnanteile wurden in Stichproben geprüft.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>9. Aktivierte Eigenleistungen</b>	71.700,00	0,00	71.700,00	0,00

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>10. Sonstige ordentliche Erträge</b>	7.617.800,00	0,00	4.755.596,07	3.224.031,93

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Konzessionsabgaben GEW	3.211.680,00	3.017.163,00
Steuererstattungen	161,00	613,69
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.307.781,38	191.853,47
Andere sonstige ordentliche Erträge	<u>35.447,30</u>	<u>14.404,77</u>
	<u>4.555.069,68</u>	<u>3.224.034,93</u>

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>11. Summe ordentliche Erträge</b>	172.294.500,00	0,00	163.366.046,96	201.342.600,80

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>12. Aufwendungen für aktives Personal</b>	34.849.800,00	0,00	36.837.489,80	38.968.458,17

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
a) Dienstaufwand	24.680.879,09	26.979.158,53
b) Versorgungsaufwand	6.388.895,22	6.374.334,31
c) Beiträge Sozialversicherung	2.537.917,24	3.047.790,56
d) Beihilfen, Unter- stützungsleistungen	649.745,89	594.013,53
e) Zuführung Rückstellungen	<u>2.580.052,36</u>	<u>1.973.161,24</u>
	<u>36.837.489,80</u>	<u>38.968.458,17</u>

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>13. Aufwendungen für Versorgung</b>	0,00	0,00	632.945,00	1.099.300,08

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
a) Beihilfen für Versorgungsempfänger	632.945,00	659.038,08
b) Zuführung Rückstellungen	<u>0,00</u>	<u>440.262,00</u>
	<u>632.945,00</u>	<u>1.099.300,08</u>

	<u>Haushaltsplan</u>	fortge- schriebener Ansatz	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>14. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</b>	6.112.132,00	0,00	4.606.215,94	12.021.090,37
			<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Unterhaltung Sachvermögen	432.496,98		3.103.375,13	
Geringwertige Wirtschaftsgüter	86.328,08		44.951,04	
Mieten, Pachten und Leasing	205.627,72		1.348.588,49	
Bewirtschaftung Grundstücke und Betriebsausstattung	172.190,57		3.808.537,80	
Fahrzeugaufwendungen	185.751,23		242.222,87	
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	492.713,41		359.847,97	
Aufwendungen aus Spenden	26.604,52		23.473,59	
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	535.359,95		822.350,71	
Aufwendungen für Schulen	507.324,39		436.352,67	
Erwerb von Vorräten	46.551,39		56.801,37	
Sonstige Sach- und Dienstleistungen	<u>1.915.267,70</u>		<u>1.774.588,73</u>	
	<u>4.606.215,94</u>		<u>12.021.090,37</u>	

Die besonderen Aufwendungen für Beschäftigte und die besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen enthalten zum Teil periodenfremde Erträge aus dem Vorjahr.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>15. Abschreibungen</b>	7.384.600,00	0,00	8.020.162,57	11.582.188,29
			<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Immaterielles Vermögen	2.982.112,98		2.812.637,36	2.812.637,36
Sachvermögen	4.633.362,74		4.811.101,82	4.811.101,82
Uneinbringliche Forderungen	398.445,23		3.909.654,18	3.909.654,18
Sonstige Forderungen	6.241,62		36.511,35	36.511,35
Sonstiges Finanzvermögen	<u>0,00</u>		<u>12.283,58</u>	<u>12.283,58</u>
	<u>8.020.162,57</u>		<u>11.582.188,29</u>	<u>11.582.188,29</u>

Der wesentliche Anteil der Abschreibungen auf das Sachvermögen entfällt auf das Infrastrukturvermögen (MioEUR 3,2).

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	364.000,00	0,00	940.765,97	1.780.078,66
			<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Zinsen im				
Beteiligungsbereich	109.196,64	206.132,28		
Zinsen Liquiditätskredite	89.014,60	431.903,56		
Zuführung Rückstellung				
Bürgschaften/anhängige				
Gerichtsverfahren	0,00	70.055,87		
Zinsen auf				
Steuernachzahlungen	210.383,00	212.044,71		
Abführung				
Gebührenüberschuss	383.717,57	728.793,31		
Sonstige				
Finanzaufwendungen	<u>148.454,16</u>	<u>131.148,93</u>		
	<u>940.765,97</u>	<u>1.780.078,66</u>		

	<u>Haushaltsplan</u>	fortge- schriebener <u>Ansatz</u>	<u>Ergebnis</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
<b>17. Transfer- aufwendungen</b>	87.046.429,29	0,00	58.212.479,87	58.300.230,54
			<u>Ergebnis</u> EUR	<u>Vorjahr</u> EUR
Zuweisungen und Zuschüsse	8.668.524,72		8.668.524,72	7.688.353,80
Förderung nach NPflegeG	247.254,76		247.254,76	258.820,73
Sozialaufwendungen				
örtliche Trägerschaft	12.375.334,87		12.375.334,87	12.250.765,76
Sozialaufwendungen				
überörtliche				
Trägerschaft	19.807.379,09		19.807.379,09	19.182.073,23
Sozialaufwendungen				
außerhalb von				
Einrichtungen	2.901.643,43		2.901.643,43	3.895.072,59
Sozialaufwendungen in				
Einrichtungen	6.462.025,01		6.462.025,01	5.693.500,98
Sonstige				
Sozialaufwendungen	2.973.050,19		2.973.050,19	1.591.158,45
Gewerbesteuerumlage	4.392.235,00		4.392.235,00	7.653.234,00
Allgemeine Umlagen	<u>385.032,80</u>		<u>385.032,80</u>	<u>87.251,00</u>
	<u>58.212.479,87</u>		<u>58.212.479,87</u>	<u>58.300.230,54</u>

Die größte Einzelposition ist die Gewerbesteuerumlage.

Die Sozialaufwendungen enthalten zum Teil periodenfremde Erträge aus dem Vorjahr.



	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
<b>18. Sonstige ordentliche Aufwendungen</b>	46.835.355,43	0,00	76.168.735,45	58.847.386,04
	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR		
Ehrenamtliche Tätigkeiten	232.127,64	239.563,96		
Rechte und Dienste	169.599,93	148.499,41		
Gutachten, Honorare	876.180,81	443.596,68		
Öffentliche				
Bekanntmachungen	38.894,09	25.127,15		
Aufwendungen für Büro- material, Fachliteratur, Kommunikation und EDV	2.851.423,78	2.915.986,77		
Reisekosten	496.914,69	591.576,68		
Gerichtskosten	27.769,23	50.880,71		
Steuern und Versicherungen	459.801,83	727.452,44		
Erstattungen Bund	1.170.437,27	761.458,57		
Erstattungen Land	0,00	343.731,56		
Erstattungen Gemeinden	507.273,61	587.237,02		
Erstattungen				
Zweckverbände	19.182,63	8.476,09		
Erstattungen sonstige öffentliche Bereiche	370.890,63	490.990,42		
Erstattungen verbundene Unternehmen	9.012.417,44	23.666.881,32		
Erstattungen Eigenbetriebe	34.337.212,59	2.537.005,56		
Erstattungen private Unternehmen	20.157,47	104.323,48		
Erstattungen übrige Betriebe	902.956,60	1.397.102,08		
Kosten der Unterkunft und sonstige soziale Aufwendungen	24.637.044,88	23.743.456,69		
Sonstige Verwaltungs- aufwendungen	38.450,33	64.039,45		
	76.168.735,45	58.847.386,04		

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>19. Summe ordentliche Aufwendungen</b>	179.205.150,79	0,00	185.418.794,60	182.598.732,15

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>20. Ordentliches Ergebnis</b>	-6.910.650,79	0,00	-22.052.747,64	18.743.868,65

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>21. Außerordentliche Erträge</b>	0,00	0,00	2.969.368,46	1.736.330,37
	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>		
Empfangene Spenden	0,00	19.458,25		
Sonstige außergewöhnliche Erträge	215.326,91	302.414,50		
Sonstige periodenfremde Erträge	2.599.382,93	1.291.790,19		
Erträge Veräußerung Sachvermögen	107.992,06	122.667,43		
Empfangene Schadenersatzleistungen	16.749,43	0,00		
Herabsetzung von Rückstellungen	<u>29.917,13</u>	<u>0,00</u>		
	<u>2.969.368,46</u>	<u>1.736.330,37</u>		

Die sonstigen periodenfremden Erträge betreffen Nachzahlungen des Landes Niedersachsen.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>22. Außerordentliche Aufwendungen</b>	-67.522,40	0,00	-7.655.182,05	-1.243.645,91

	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Sonstige außergewöhnliche Aufwendungen	-24.283,31	-19.601,25
Sonstige periodenfremde Aufwendungen	-2.847.412,29	-1.224.044,66
Verlustausgleich Reinhard- Nieter-Krankenhaus gmbH	-1.283.486,45	0,00
Rückführung Liquiditätskredite Eigenbetrieb Reinhard- Nieter-Krankenhaus	<u>-3.500.000,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>-7.655.182,05</u>	<u>-1.243.645,91</u>

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>23. Außerordentliches Ergebnis</b>	-67.522,40	0,00	-4.685.813,59	492.684,46

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
<b>24. Jahresergebnis</b>	-6.978.173,19	0,00	-26.738.561,23	19.236.553,11